

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4586. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon** 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Restame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Forderungen der Reparationskommission.

Paris, 15. März. Wie der Petit Parisien mitteilt, hat die Reparationskommission sich gestern versammelt, um Deutschland aufzufordern, den Artikel 235 des Friedensvertrages auszuführen, das heißt den Rest der Summe zu begleichen, der nach der Ansicht der Kommission noch nicht bezahlt wurde. Es handelt sich hier um die 20 Milliarden Goldmark. Bekanntlich hat Deutschland nach seiner Ansicht für 21 Milliarden seit dem Waffenstillstand an die Alliierten geliefert. Die alliierten Regierungen jedoch behaupten, daß nur die Summe von 8 Milliarden erreicht wurde. Die Reparationskommission wird ferner gemäß Artikel 233 spätestens am 1. Mai Deutschland den gesamten Betrag der Schuld mitteilen, deren Entschuldigungsvertrag vorschreibt. Das Blatt fügt hinzu, dieser Betrag sei notwendigerweise höher als die Summe, die das Abkommen von Paris festgelegt hat, mit andern Worten, jagt der Petit Parisien, wenn Deutschland auf seiner Ablehnung verharre, so würde es die Alliierten zwingen, die lächerliche Ausföhrung des Vertrages zu verlangen. Das sei die Bedeutung der gestrigen Sitzung der Reparationskommission.

180 Milliarden Goldmark.

Berlin, 15. März. Die deutsche Regierung von der Reparationskommission übermittelten Schädensrechnungen der normal feindlichen Länder belaufen sich nach den bisherigen Umrechnungen auf insgesamt rund 180 Milliarden Goldmark.

Der Betrag von 180 Milliarden Goldmark, der allerdings nur die Schadensmeldungen der Alliierten darstellt, zu denen Deutschland sich noch äußern darf, übersteigt die Pariser Forderungen, die eine auf 42 Jahre verteilte Gesamtzahlung von 228 Goldmilliarden und eine 12 prozentige Ausfuhrabgabe vorsehen, um mehr als das Doppelte. Es wäre also sinnlos, wenn die deutsche Regierung die Festschreibung des Reparationsbetrages durch die Reparationskommission abwartete; sie ist ebenso wie die Entente auf eine gütliche Einigung auf dem Wege der Verhandlungen angewiesen. Denn der phantastische Betrag der Schadensrechnungen beweist deutlich, daß es sich nicht darum handelt festzustellen, was Deutschland schuldet, sondern was es zahlen kann.

Kahr ermuntert zur Rebellion gegen die Entwaffnung.

München, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Bei der gestrigen Beratung des Etats des Innern im bayerischen Landtag ergriff Ministerpräsident v. Kahr das Wort zu einer längeren Rede, in der er den Ausnahmezustand verteidigte und die Polizeiherrschaft des Münchener Polizeipräsidenten Böhner verherrlichte. Zur Frage der Einwohnerwehr wiederholte er die alten Märdchen, die Einwohnerwehr sei nur zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung da, sie sei keine militärische Organisation und kein Bestandteil der Ordonnanz und d. d. Die Personalunion zwischen dem Leiter der Einwohnerwehr und der Orgesch berechtige nicht zu dieser Auffassung. Wenn nur 50 Prozent aller deutschen Männer die Qualität des Herrn Escherich hätten, würde Deutschland anders aussehen. Der Ministerpräsident wiederholte die „Gründe“ für seine Ablehnung des neuen Entwaffnungsgeheißes, wie sie der bayerische Gesandte schon im Reichstag vorgetragen hat. Er könne sich nicht für die Entwaffnung der Einwohnerwehr aussprechen und könnte auch die Männer nicht verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen wollen. Bayern wird unter allen Umständen an seinem bisherigen Standpunkt festhalten. In seiner Rede brachte der Ministerpräsident heftige Angriffe gegen die Linke vor, ohne auch nur ein Wort über das Treiben der Rechtspolitiker zu finden, und löste dadurch andauernd körnische Interaktionen von links aus. Nach ihm sprach der rechtssozialistische Abgeordnete Kuer, der die Entwaffnung der Einwohnerwehr forderte und sagte, die Frage der Einwohnerwehr sei heute zu einer außenpolitischen Frage der deutschen Reichspolitik geworden. Es handle sich heute darum, ob Bayern gegen das Reich rebellieren oder die Anordnungen der Reichsregierung ausführen wolle.

Die Einwohnerwehr als monarchistische Putschtruppe.

München, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Einwohnerwehr in Pasing bei München beschloß, daß ihre Mitglieder nicht zugleich dem republikanischen Schutzbund angehören dürfen. Wer in beiden Organisationen Mitglied ist, wird mit Streichung von der Liste der Einwohnerwehr bedroht, sofern er nicht innerhalb vierzehn Tagen seinen Austritt freiwillig erklärt. Damit ist bewiesen, daß Staatsbürger, die nach der Weimarer Verfassung die Republik schützen, in der Einwohnerwehr nichts mehr zu suchen haben. Trotzdem wird immer behauptet, daß die Einwohnerwehr nichts mit Politik zu tun habe, daß sie nur Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und die Republik schützen wolle. Man kann sich vorstellen, mit welcher Begeisterung diese Bakhaer die republikanische Verfassung gegen einen monarchistischen Putsch verteidigen würden.

Talaat Pascha ermordet.

Armeniertrache an dem Armenierschlächter.

Berlin, 16. März. Gestern vormittag ist in Berlin der ehemalige türkische Großwesir Talaat Pascha ermordet worden. Talaat Pascha hielt sich seit zwei Jahren mit seiner Frau angeblich ohne Kenntnis der deutschen Behörden in Berlin auf. Er wohnte unter dem Decknamen Ali San mit seiner Frau in einer Pension am Rnie in der Hardenbergstraße. Den Decknamen hatte er deshalb gewählt, weil er nach dem Vertrag von Versailles als Führer der jungtürkischen Bewegung der Entente hätte ausgeliefert werden müssen, wenn es den deutschen Behörden bekannt gewesen wäre, daß er sich in Berlin oder überhaupt in Deutschland aufhielt. Er lebte vollkommen zurückgezogen, betätigte sich in keiner Weise politisch und stand, entgegen anderslautenden Meldungen, mit der deutschen Regierung in keinerlei Verbindung. Ebenso unterhielt er mit seinen Landesleuten kaum Fühlung. Wie fast alltäglich, so unternahm er auch gestern einen Spaziergang. Kaum hatte er seine Wohnung verlassen, als sich ihm ein junger gut angezogener Mann näherte, ihn ansprach und nach kurzem Wortwechsel einen Revolver zog und von hinten einen Schuß auf ihn abgab. Die Kugel drang durch den Kopf hindurch und Talaat Pascha war sofort tot. Der Täter warf die Waffe weg und versuchte zu fliehen, wurde jedoch verfolgt und von einigen Passanten ergriffen und von ihnen schwer mißhandelt. Man brachte ihn zunächst zur Blomseuwahe und von dort nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium. Einer Vernehmung des Täters, der nach bei ihm vorgefundenen Papieren der 24jährige armenische Student Salomon Teilerian ist, war nicht möglich, da er der deutschen Sprache kaum mächtig ist und außerdem eine so schwere Kopfverletzung erlitten hat, daß er gestern zur Vernehmung unfähig war. Ohne Zweifel handelt es sich hier um ein politisches Verbrechen. Talaat Pascha ist neben Enver Pascha der Hauptverantwortliche für die Armenier-Schlächtereien, die während der Kriegsjahre von der türkischen Regierung verübt worden. Sie erregten das Entsetzen der Welt, durften aber in Deutschland unter der Kriegsjur nicht gebrandmarkt werden, damit der türkische Bund desgenosse nicht getränkt wurde.

Große Arbeitslosendemonstration in Weimar.

Weimar, 16. März. (TU.) Große Arbeitslosendemonstrationen fanden gestern nachmittag vor dem Gebäude des städtischen Landtages statt. Es waren Arbeitslose aus dem ganzen Lande nach Weimar gekommen. Die Lage wurde schließlich so bedrohlich, daß die Regierung Polizei aus andern Städten in Autos nach Weimar holen ließ. Nach andern Meldungen kam es am Abend auf dem Marktplatz zwischen den Demonstranten und nationalistischen Elementen, die eine Kundgebung gegen die Ententeforderungen veranstalteten, zu Zusammenstößen. Die Polizei räumte darauf den Marktplatz.

Der Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens bevorstehend?

London, 15. März. Wie die Wälder berichten, soll das englisch-russische Handelsabkommen vor dem Abschluß stehen. Rassin soll aus Moskau Versprechungen mitgebracht haben, die von der britischen Regierung als befriedigend angesehen werden. Pall Mall Gazette and Globe meldet indes, das englisch-russische Handelsabkommen müsse noch dem Unterhaus zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die georgische Tragödie.

D.A. Berlin, 15. März. Nach den letzten in Berliner Auswertigen Amt eingegangenen Nachrichten aus Georgien gewinnen die Bolschewiken immer weiter an Boden, sobald sich die Lage der georgischen Regierung und des Landes höchst kritisch gestaltet. Nach der Besetzung von Suzum nähern sich die roten Truppen nunmehr bedenklich Kutais, wohin sich die georgische Regierung nach der Räumung von Tiflis zurückgezogen hatte. Da sie sich auch dort nicht mehr sicher fühlt, ist mit ihrer Ueberriedlung nach Batum unmittelbar zu rechnen. D.A. Paris, 15. März. Wie dem Temps aus Konstantinobel gemeldet wird, haben türkische Truppen im Einvernehmen mit den georgischen Behörden Batum nunmehr besetzt.

Eine neue griechische Offensive?

Nach in Konstantinobel eingelaufenen Informationen scheint eine griechische Offensive in der Richtung auf Estishovir bevorzustehen. Griechische Truppenverfärfungen werden aus Subhad gemeldet. General Papulos, der sich in Smyrna befand, ist nach London abgereist.

Schweres Eisenbahnunglück bei Halle.

Ein verbrecherischer Anschlag.

Halle a. Saale, 16. März. In der vergangenen Nacht hat sich zwischen Amendorf und Halle ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das durch verbrecherische Hände herbeigeführt worden ist. Die Verbrecher hatten beide Gleise ausgehoben, wodurch gegen 12 Uhr nachts zwei sich begegnende Güterzüge entgleisten. Die Lokomotiven der beiden Züge klappten den Bahndamm hinab. Außerdem entgleisten die Post- und 20 Güterwagen. Bei dem Unglück wurden zwei Bahnbeamte und ein Viehhändler getötet. Sechs Bahnbeamte sind schwer verletzt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend. Die Hauptgleise nach Thüringen sind voraussichtlich auf 24 Stunden gesperrt. Der Personenverkehr wird über Leipzig geleitet. Von den Verbrechern hat man bisher noch keine Spur entdeckt.

Bayerische Katastrophenpolitik.

München, 11. März.

F. Die Einwohnerwehrtage ist aufs neue zum Konfliktstoff zwischen Bayern und dem Reich geworden. Über darüber hinaus ist sie zu einer Gefahr für das Reich selbst geworden. Der Reichsrat hat gemäß der Forderung der Entente ein neues Entwaffnungsgeheiß gegen den Widerspruch Bayerns genehmigt, das mit dem 15. März in Kraft treten soll. Durch die Weigerung Bayerns, die Einwohnerwehren aufzulösen und zu entwaffnen, wird die Gefahr einer Besetzung weiterer deutschen Gebiets herausbeschworen und die Möglichkeit, die Verhandlungen über die Wiedergutmachung erneut aufzunehmen, in weite Ferne gerückt. In Frankreich beschärfigt man sich bereits mit dem Gedanken, Strafmaßnahmen gegen Bayern selbst zu ergreifen. Nicht nur die Pariser Boulevardpresse, sondern Regierungskreise in Frankreich erwägen bereits den Gedanken einer Besetzung Bayerns. Die Besetzung soll vom Westen und Osten zugleich erfolgen. Vom Rhein her über Frankfurt ist der Einmarsch französischer Truppen gedacht, und vom Osten sollen tschechische Truppen über Utsch und Eger in Oberfranken einmarschieren. Der tschechische Ministerpräsident Benesch hat zwar erklärt, daß die Außenpolitik der tschechoslowakischen Republik eine durchaus friedliche sei, aber man müsse „für alle Eventualitäten“ bereit sein. Wer die völlige Abhängigkeit dieses Vassallenstaats von Frankreich kennt, der weiß auch, daß diese Meinung des tschechischen Außenministers nicht anders verstanden werden kann, als daß er mit einer eventuellen Intervention in Deutschland rechnet, wenn sie von Paris befohlen wird. Vor wenigen Tagen ließ sich die Regierung 700 Mill. Franken bewilligen, um die ihr plötzlich notwendig erscheinende Ausstattung der Mannschaften mit dreifacher Garnitur zu bestreiten. In den Gebieten an der bayerischen Grenze werden die Ortshäuser zum Zwecke der Feststellung von geeigneten Räumen und Ställen zur Unterbringung von Mannschaften und Pferden durch tschechische Genarmen besucht. Im Subkomitee des Verfassungsausschusses im tschechischen Parlament wurde ein Beschluß gefaßt, der besagt, daß zu einem internationalen Vertrag, durch den sich die tschechoslowakische Republik in einem bestimmten Falle zu einer Kriegshandlung verpflichtet, nicht die Zustimmung des Parlaments notwendig ist. Ein solcher Vertrag ist bereits mit der französischen Regierung abgeschlossen und der Beschluß des Verfassungsausschusses bedeutet nur die nachträgliche Billigung solcher Abmachung. Das alles scheint die bayerische Regierung nicht zu wissen, oder sie stellt sich absichtlich unwissend. Sie schürt die nationalistische Heße in Bayern und trägt damit zur Verschärfung der Situation bei.

Die bayerische Presse hat einen wilden Feldzug gegen das Entwaffnungsgeheiß eingeleitet und ermahnt die Regierung ständig, festzuhalten. Die deutschnationalen München-Augsburger Abendzeitung schreibt: „Bayern kann zur Zeit an die Preisgabe der Selbstschutzeorganisationen nicht im entferntesten denken und hat das der Reichsregierung in der Note vom 8. Februar klar und deutlich mitgeteilt. Die Koalition im Landtag hat sich geschlossen hinter die Note der bayerischen Regierung gestellt. Entweder muß die Note vollinhaltlich aufrechterhalten bleiben, oder die gegenwärtige Koalition und damit die Regierung ist schweren Erschütterungen ausgesetzt.“ Die Bayerische Volksparteikorrespondenz erhebt ebenfalls heftigen Widerspruch gegen das Entwaffnungsgeheiß und verlangt von der Regierung, daß sie an ihrem bisherigen Standpunkt festhält, „selbst auf die Gefahr hin, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Bayern und dem Reich in dieser Frage bestehen, sich in bedauerlicher Weise noch verstärken sollten.“

Die Regierung bleibt auf ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt in der Entwaffnungsfrage bestehen und nimmt die ihr von der Presse vorgeschriebene Haltung ein. Sie flücht sich vor allem auch darauf, daß die Reichsregierung sich in ihrer Antwort auf die Entwaffnungsnote des Generals Kolliet den bayerischen Standpunkt in der Einwohnerwehrfrage voll zugeigen gemacht hat. Als am Sonntag eine nationalistische Demonstration, die in schärfster chauvinistischer Tonart gegen die Sanktionen und die Entwaffnung Stellung nahm, unter Führung des Obersten Eylander zum Ministerpräsidenten kam, rollte Herr v. Kahr aufs neue die Schuldfrage auf und erklärte: „Wir wollen dem Schwindel von der Schuld des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Es darf die Schuldfrage nicht mehr ruhen. Es wird sich zeigen, wo die Gauner sind.“ Er sagte weiter, daß er seinen bisherigen Weg gehen und sich durch keine Gefahr davon abbringen lassen werde. Als ihm zugezungen wurde: „Landgraf, bleibe hart!“ antwortete der Ministerpräsident: „Bleibe er auch!“ Die bayerische Regierung wird also ihre unverantwortliche Eifenkürzigkeit weiter beibehalten und sich auch durch die Gefahr einer Besetzung nicht davon abbringen lassen. Die München-Augsburger Abendzeitung spricht

es ganz deutlich aus, daß sie mit dieser Gefahr rechnet, aber gerade deswegen würde die Berliner Haft um so unerträglicher, mit welcher man Bayern entwaffnen will. Man weiß also, daß Bayern befehligt werden soll, und will gerade deshalb die Waffen nicht abliefern. Das kann keinen andern Sinn haben als den, die Einwohnerwehren in Bayern zum bewaffneten Widerstand zu organisieren. Ein solches Beginnen ist Wahnsinn, aber es gibt in Bayern politische Abenteuer, die diesen Gedanken ernsthaft erwägen. Die bayerische Regierung spielt mit dem Feuer und rechnet, wohl nicht ohne Absicht, mit der Möglichkeit der Abtrennung Bayerns vom Reich durch eine Besetzung der Mainlinie durch Entente-Truppen. Dabei treffen sich französisch-imperialistische und bayerisch-separatistische Pläne. Der Gedanke der Donau-Überdrückung tritt wieder in den Vordergrund, der von Dr. Heim in den Satz gekleidet wurde: „München-Wien-Budapest müssen sich die Hände reichen!“ Dabei scheint man ganz zu vergessen, daß durch diese Politik die bayerische Industrie von der Kohlenzufuhr abgeschnitten wird, und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit, des Hungers und Elends für die bayerische Arbeiterschaft heraufbeschworen wird.

Was jetzt in Bayern geschieht, ist Katastrophenpolitik schlimmster Art. Die Arbeiterschaft Nordbayerns hat erst vor kurzem der bayerischen Regierung K a h r zu verstehen gegeben, daß sie solchen Wahnsinn nicht mitmache, und wenn es zum Bruch mit dem Reich komme, dann würde das Münchner Zollhaus an der Donau ein Ende haben. Die nordbayerische Arbeiterschaft hält zum Reich. Aber auch in Südbayern ist das Proletariat entschlossen, gegen die Einwohnerwehrgewalt zu kämpfen. Diese Einwohnerwehren sind nichts andres als die bewaffneten Kadres der K o n t e r r e v o l u t i o n, dazu da, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Sie sind aber auch die bewaffneten Formationen, die in den Plänen politischer Abenteuer eine große Rolle spielen, die jetzt offen zum Krieg gegen die Entente heißen. Würde die Entente in den Einwohnerwehren nur Einrichtungen zur Niederhaltung des Proletariats sehen, dann ließe sie mit sich reden, denn die Entente-Bourgeoisie kämpft ebenso gegen den Sozialismus wie die deutschen Kapitalisten. Aber die Alliierten sehen in den Einwohnerwehren eine werdende deutsche Revolutionsarmee und deshalb fordern sie unachtsichtiglich ihre Entwaffnung. Wir sehen in der Einwohnerwehr in allererster Linie die bewaffnete Macht der Konterrevolution, mit der sie ihre schwarzen Pläne auf Wiedererrichtung der alten Herrlichkeit durchsetzen will, mit der das Proletariat niedergestampft wird, wie es in Bayern schon geschehen ist und deshalb fordern wir ihre schleunigste Entwaffnung und Auflösung!

Das bayerische Proletariat hat nicht Lust, sich durch die Wahnsinnspolitik der Nationalisten aufs neue in Not und Elend stürzen zu lassen und wird im entscheidenden Augenblick seine Macht in die Waagschale werfen, um der bayerischen Katastrophenspolitik Einhalt zu gebieten!

Aus der oben erwähnten Rede des Erobersten v. K y l a n d e r verdient eine Stelle zitiert zu werden:

„Endlich müßten deutsche Männer aufstehen, die erklärten, daß sie rein und die andern schuldig seien. Der Reichstag habe Minister Dr. Simons in Berlin das Vertrauen ausgesprochen. Wir können ihm dies Vertrauen nicht ausprechen. Wir hätten von ihm erwartet, daß er den Gegnern in London ins Gesicht gesagt hätte, daß sie Vagabunden und Schurken seien. Die Entente läßt jetzt gegen uns einen einseitigen Krieg, während wir uns jenes Papier von Versailles noch halten. Jetzt müßte es heißen: Simons mit den Vorgesetzten der Entente und mit den Kontrollkommissionen. (Stürmischer Beifall.) Statt dessen aber wolle die Reichsregierung uns entwaffnen lassen. Sie achte also darüber hinaus, was die Feinde verlangen hätten. Unser Ministerpräsident habe in Berlin deutlich genug gesagt, was wir denken. Wir müßten uns hinter ihn stellen und ihn bitten, daß er seine Haltung gegen Berlin nicht verleihe. Niemals würden wir unsere Waffen hergeben, und das taten wir nicht für Bayern allein, sondern, wenn wir sie einmal ergreifen, so sei das das einzige Mittel, um Deutschland zu retten.“

So also redet ein Bundesgenosse des bayerischen Ministerpräsidenten!

Diese Rede zielt auf eine förmliche Kriegserklärung gegen die Entente hin.

Die Sanktionen.

Protokoll der Reichsregierung beim Völkerbund.

Berlin, 15. März. Die deutsche Regierung hat beim Völkerbund Protest gegen die Zwangsmaßnahmen der Alliierten eingelegt, in dem sie im einzelnen nachweist, daß die Besetzung neuer Gebiete und die Errichtung der Rheinlinie gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles verstoße.

Zum Schluß heißt es in der Note: Die Alliierten sprechen davon, daß sie sich bei ihrem Vorgehen durch die Sorge um den Frieden der Welt leiten lassen. Dieses Vorgehen ist aber selbst eine unverantwortliche Störung des Friedens.

Bei der Errichtung des Völkerbundes, der die Beziehungen der Völker auf Gerechtigkeit und Ehre gründet, die gewissenhafte Beachtung der Verträge sichern und dem Rechte zur Herrschaft verhelfen soll, haben die Bundesmitglieder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens als oberstes Ziel im Auge gehabt. Die Völkerbundsakte enthält demgemäß in Artikel 17 auch für den Fall von Streitigkeiten zwischen Bundesmitgliedern und solchen Staaten, die nicht zum Bunde gehören, bestimmte Vorschriften, die eine Zustucht zur Gewalt solange verhindern sollen, als nicht alle Mittel einer friedlichen Lösung erschöpft sind.

Die deutsche Regierung, die die Völkerbundsakte mitunterzeichnet hat, richtet an den Völkerbundsrat das Ersuchen, die ihm obliegenden Schritte zur Einleitung des in der Akte vorgesehenen Schlichtungsverfahrens zu tun und dafür Sorge zu tragen, daß die von den Alliierten angewandten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden. Die deutsche Regierung genügt ihrer Pflicht schon jetzt der Vorbedingung für die Durchführung des Verfahrens, indem sie für dieses Verfahren die Pflichten eines Bundesmitgliedes auf sich nimmt.

Das Verfahren wird ergeben, daß Deutschland, von dem ersten Willen befreit, seine Vertragspflichten nach besten Kräften zu erfüllen, keinen Anlaß zu der Friedensstörung gegeben hat.

Die deutsche Ausnahmetage vom englischen Unterhaus angenommen.

London, 16. März. (U.) Das Unterhaus hat das Gesetz betreffend die schrittweise Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren in zweiter Lesung angenommen und der allgemeinen Kommission des Unterhauses zur Prüfung überwiesen.

London, 16. März. Bei der Verhandlung über die 50-prozentige Ausfuhrabgabe von deutschen Waren erklärte Schaffneritz W h a n e r l a n, durch die gemeinsame Aktion der Alliierten würde ein so großer Teil des deutschen Handels in Mitleidenschaft gezogen werden, daß, wenn Deutschland nicht entweder bei der Durchführung mitwirkt oder statt dieser Maßnahme andre unternehme, die von den Alliierten angenommen werden können, eine wirtschaftliche Blockade Deutschlands bestünde, die streng genug sei, um Deutschland zur Vernunft zu bringen.

Nachdem Bottomley und Asquith das Gesetz heftig angegriffen hatten, ergriff Lloyd George das Wort und führte aus, er glaube, daß der Plan ein gutes Ergebnis zeitigen werde, und wenn er das nicht tue, so werde er für den deutschen Handel ebenfalls als Straßmaßnahme wirken, daß Deutschland sich ergeben und selbst ein Abkommen vorschlagen werde. Die Maßnahme sei ein Erfolg für Gewaltanwendung, für Waffengebrauch, es sei eine friedliche Methode der Einmischung, es sei ein Ausweichen, von dem er glaube, daß er allen Parteien gerecht werde.

Aus strategischen Gründen . . .

Paris, 15. März. (U.) Dem Tempo zufolge hat der in Düsseldorf kommandierende General G a u c h e r folgendes erklärt: Außer Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort haben wir noch einige andre Orte, namentlich M e i d e r i c h und H a m b o r n, aus strategischen Gründen besetzen müssen. Unser Vormarsch ist bis südlich K a t i n g e n auf dem rechten Rheinufer gegangen und weiter nördlich bis zum Bahnhof westlich Oberhausen. Wir halten somit die ganze Eisenbahnlinie zwischen Düsseldorf und Duisburg, sowie das zwischen dieser Bahnstrecke und dem Rhein gelegene Gebiet besetzt.

Eine wohlthätige Folge der Sanktionen.

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus K a c h e n: „Die Grenzwarden an deutsch-holländischen Gebiet sind mit von französischen Truppen übernommen worden. Die Kontrolle der Küste wird sehr scharf gehandhabt. Da sich bisher große Scharen nach Holland zum Einkauf von Lebensmitteln begaben, ohne bezahlt worden zu sein, so bemächtigt sich der Bevölkerung eine gewisse Unruhe, daß diese Grenzüberbreitungen nicht mehr erlaubt würden. Ganze Karawanen zogen am Tage nach der Besetzung nach über die Grenze, um sich für längere Zeit mit notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Auch von holländischer Seite wird mitgeteilt, daß die französischen Grenzwarden Aufruf haben, sehr streng aufzutreten. Der Grenzverkehr dürfte deshalb sehr bald einschränkt werden.“

Es handelt sich hier um die Stelle, über die bereits die Zeitungen in höchster Erregung mitgeteilt haben, daß ein ausgebeuteter Schwamm von Lebensmitteln und Luxuswaren getrieben würde und daß von der Eisenbahnverwaltung dafür ganze Rüge zur Verfügung gestellt worden sind. Dieses Vorgehen der Besatzungstruppen dürfte also einmal ein gutes Werk sein.

Folgen der Sanktionen.

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Aus dem H a a a wird gemeldet: Dem Handelsklub wird aus Düsseldorf mitgeteilt: Infolge der Sanktionen hat die Textilindustrie in Elberfeld und Barmen ihre Bestellungen von Rohstoffen in den alliierten Ländern annulliert und gleichzeitig den größten Teil von Bestellungen aus fremden Ländern gestrichen. Die in Arbeit befindlichen Aufträge werden nur ausgeführt, wenn die Auftraggeber volle Zahlungsgarantien ohne jede Kürzung und zwar durch einen Scheck auf eine neutrale Bank leisten. Verschiedene große Firmen haben sich dazu bereit erklärt.

Protest der französischen Kommunisten und Sozialisten.

Paris, 15. März. (U.) In der heutigen Kammer Sitzung wurde trotz des Antrages des Ministerpräsidenten Briand und des Finanzministers Doumer, an erster Stelle einige eilige kleinere Gelegenheitswörter zu erledigen, sofort in die Diskussion der vorliegenden Interpellationen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz eingetreten. Briand erklärte jedoch, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärungen abgeben werde, da an diesem Tage die Mitglieder der Beratung belohnen könnten, die den Präsidenten der Republik auf seiner Reise begleitet hätten.

Als erster Interpellant sprach Abg. H e n e s s y, der die Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren demängelt. Danach erhielt der kommunistische Abg. M a r c e l C a h i n zur Begründung seiner Interpellation das Wort. Er verlas eine Erklärung im Namen seiner Gruppe, wurde aber lebhaft unterbrochen und protestierte gegen die Beibehaltung französischer Streitkräfte in Cilicien und Syrien. Er sagte weiter, wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, so sei das die Schuld der herrschenden Klasse in Deutschland und Frankreich. (Großer Lärm. Die Abgeordneten der Rechten und der Mitte beileiten die Ausführungen des Redners mit ironischem Lachen, seine Worte bleiben unverständlich.) Schließlich sagte er, er weigere sich, der Regierung in ihren militärischen Unternehmungen zu folgen.

Abg. M u r i o l (Sozialist) erklärte, er begreife, daß Deutschland das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberösterreich abwarten wolle. Auf alle Fälle beginnt der bewaffnete Friede mit den Gewaltstreichen angesichts der Passivität wieder. Düsseldorf ist ein Ausgangspunkt, wo ist das Ende? Etwa im Ruhrgebiet. Und wer sollte schließlich die Kosten für das Besatzungsheer und für die Zollbeamten bezahlen? Würden nicht von den 150 Millionen Goldmark, die die deutschen Zolleinnahmen brutto einbringen sollen, viel durch die Kosten verloren werden? Schon schähe man die Besatzungsstellen seit dem Waffenstillstand auf 4% Milliarden Papiermarken. Sie hätten einen großen Teil der deutschen Zahlungen verschlungen.

Wie käme man zu einer praktischen Lösung? Man müsse ein internationales Wiederaufbauangebot machen, an dem die Geschädigten, die Unternehmer und die Arbeiter beteiligt seien. Das Weltkapital für dieses Unternehmen müsse durch eine internationale Anleihe unter Mitarbeit von Amerika ausgebracht werden. Dann könne Deutschland nicht mehr über seine Zahlungsunfähigkeit klagen. Ein derartiges Unternehmen sei schwer in die Tat umzusetzen; aber es sei nötig in Anbetracht des wachsenden Wiederaufbauplanes.

Der seltsam eifrige Entwaffnungskommissar.

Die geheimnisvolle Affäre des Dynamitattentats auf die Siegessäule in Berlin ist noch immer nicht aufgeklärt. Die Angelegenheit selbst ist höchst mysteriös, es gehen die widersprechendsten Gerüchte darüber um, und die Berichterstattung darüber und die politische Auswertung der Affäre ist höchst seltsam. Auch hier zeigen sich starke Widersprüche zwischen den einzelnen Behörden. Die nächsten Tage dürften, wie der Polizeipräsident heute versicherte, endlich eine Aufklärung der mysteriösen Angelegenheit bringen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß sich für die Verdächtigungen von Auslandern, die gewisse Kreise, die stets Interesse an nationalistischer Verheerung haben, glauben ausstreuen zu müssen, bisher keinerlei Anhaltspunkte gefunden haben.

Die seltsamste Rolle in der ganzen Sache spielt der Herr Entwaffnungskommissar. In Niederösterreich sind bei der Devisen Hunderte von Waffen, Geschützen und Maschinenwaffen gefunden worden und niemals hat der Herr Entwaffnungskommissar sich entschließen können, auch nur einen Pfennig an Belohnung für weitere Entdeckung solcher Munitionslager auszusprechen. Niemals hat die Öffentlichkeit etwas gehört, daß der Herr Entwaffnungskommissar etwa nur 10 000 M. Belohnung ausgesetzt hätte für die Entdeckung irgendeines großen Waffenlagers. Nun ist es aber bei dem angeblichen Dynamitattentat auf die Siegessäule bezeichnet, daß der Polizeipräsident selbst von einer angeblichen Zündschnur spricht. Eine angeblich aus Militärbeständen stammende Dynamitpatrone ist gefunden worden. Der Herr Entwaffnungskommissar hat nichts Eiligeres zu tun, als zu der höchst mysteriösen Affäre eine höchst mysteriöse Tat hinzuzufügen: eine Belohnung von 25 000 M. auszusprechen. 25 000 M. für eine Dynamitpatrone! Das ganze deutsche Volkvermögen würde nicht ausreichen, wolle der Herr Entwaffnungskommissar ent-

sprechende Belohnungen für die Geschützjunge und weitere Besatzungsbediensteten in allen Teilen des Reiches aussetzen. Es scheint doch, daß diese Behörden ein seltsames politisches Interesse an dem Dynamitattentat auf die Siegessäule haben. Wenn den Herren ihre politischen Manöver verfaßt worden sind, so nicht zuletzt durch die kritische Haltung unserer Parteipresse, die sich somit ein neues Verdienst um die Vereitelung eines nationalistischen Versuches erworben hat.

Sohenzollernschießungen.

Die verschobenen Kunstgegenstände.

Der preussische Finanzminister hat am 1. November v. J. an den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ein Schreiben bezüglich der von dem Prinzen aus dem Ordenspalais in Berlin und dem Schloß Klein-Glienicke entfernten Kunstgegenstände gerichtet, dem wir folgende interessanten Ausführungen entnehmen:

Die Tatsache, daß eine große Anzahl wertvoller Kunstgegenstände und Altertümer aus Ihren Besitzungen entfernt worden ist durch die Intendanturaufnahme, welche ich durch einen der besten Kenner Berliner Sachverständigen haben vornehmen lassen, erhärtet. Die Verantwortung für das Entfernen der Gegenstände trifft Sie uneingeschränkt. Es dürfte auch Ihnen bekannt sein, daß eine Reichsverordnung, welche die Ausfuhr von Kunstgegenständen verbietet, erlassen worden ist und daß Uebertretungen mit Strafe bedroht sind.

Bei der ungenehmigten Veräußerung dieser Kunstgegenstände liegt unter Umständen gleichzeitig ein Verstoß gegen das Reichsgesetz über die Kapitalflucht vor, denn die Kunstgegenstände repräsentieren unter den heutigen Verhältnissen sehr bedeutende Kapitalwerte, welche dem Zugriff der Steuerbehörden nicht entzogen werden dürfen. Inwieweit die verschwundenen Gegenstände bzw. der für dieselben erzielte Erlös ins Ausland verbracht worden ist, sind steuerrechtlich die Folgen der Kapitalflucht vermerkt.

Außer den Kunstgegenständen besaßen Sie, wie bekannt ist, eine sehr wertvolle Sammlung von Edelsteinen. Auch über ihren Verbleib haben Ihre Angestellten und Vertreter irgendeine Auskunft nicht geben können. Hier liegt in ganz besonderer Weise der Verdacht ihrer Verbringung in das Ausland im Sinne der Kapitalflucht vor. Auch hierfür werden Sie von den Steuerbehörden verantwortlich gemacht werden.

Das fällige Wolffbureau.

In unserer Sonnabendnummer haben wir eine Meldung des Wolffbureaus wieder, wonach in der englischen Unterhausdebatte der Arbeiterführer Thomas gesagt habe,

die Arbeiterpartei sei mit der Regierung darin einig, daß Deutschland die Verantwortung trage, daß man Deutschland zahlen lassen müsse, und daß, wenn man Deutschland gelatte zu entkommen, das Unrecht triumphiere würde. Zudem die Arbeiterpartei nichts tun würde, um die Regierung in ihrer Schmelztiegel und heißen Aufgabe zu hindern, übernehme sie keine Verantwortung für die Politik, die jetzt befolgt werde.

Da uns die tapferer Haltung der englischen Arbeiterpartei gegenüber der imperialistischen Politik ihrer Regierung bekannt ist, knüpfen wir sofort an die Meldung die Bemerkung, die Rede sei wahrscheinlich vom Wolffbureau falsch wiedergegeben worden. In der letzten Nummer des Manchester Guardian finden wir unsere Ansicht vollumfänglich bestätigt. Nach dem englischen Blatt sagte Thomas:

Er sei von der Arbeiterpartei beauftragt worden festzustellen, daß sie an ihren öffentlichen Erklärungen festhalte, wonach Deutschland für die von ihm angerichteten Kriegsschäden zahlen müsse, soweit es menschlich möglich sei. Die Absichten des Ministerpräsidenten seien bezüglich von politischen Zwecken nicht leitend, ihr Erfolg sei dadurch noch nicht verhängt, daß sie von einem Manne, der autokratisch das Land beherrsche, diktiert würden. Der Ministerpräsident habe seine Aufgabe gebrochen, das Parlament zu befragen, bevor er Schritte gegen Deutschland unternähme. Die Arbeiterpartei wolle keinerlei Verantwortung für den Kurs übernehmen, den die Regierung einschläge.

Wie sich aus der Gegenüberstellung der beiden Meldungen ergibt, hat Thomas so ziemlich das Gegenteil von dem gesagt, was das Wolffbureau behauptete, das seinen scharfen Angriff gegen die Regierung in eine wohlwollende Neutralitätsklärung nach Art unserer rechtssozialistischen Reden umdeutete. Welche Interessen das W. B. damit verfolgt, die Stellung der englischen Regierung als im Innern gefestigt hinzustellen, wollen wir nicht unteruchen. Tatsache ist, daß es schon öfter Proben seiner Fälschungskunst gegeben hat. Es ist also auch für die Zukunft geboten, seinen Meldungen, auf die die deutsche Öffentlichkeit selber angewiesen ist, mit größtem Mißtrauen gegenüberzustehen.

Die Reichsregierung zur Ueberprüfungfrage

Berlin, 15. März. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, daß der Ausfall der Ueberprüfungen einen Verlust von 10 bis 12 Prozent — also von 800 000 Tonnen monatlich — der deutschen Kohlenförderung bedeuten würde. Das Wünte die deutsche Wirtschaft auf keinen Fall ertragen, deshalb sei an die Stelle der bisherigen Ueberprüfungsregelung, die zweimal wöchentlich 3 1/2 Stunden Ueberprüfung im Schiedsgericht vorlag, die Regelung so getroffen werden, daß viermal in der Woche je eine Stunde Ueberprüfung gefahren werde unter der Zusage an die Arbeiter, daß die Regierung bis zum 15. April ein Gesetz einbringen werde, durch das die siebenstündige Arbeitszeit im Bergbau gesetzlich geregelt werde. Auf besondere Fragen erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß dies zwar zunächst eine Anregung der Schiedsgerichtsbehörde sei, daß die Zustimmung des Kabinetts zu diesem Vorschlage der Gesetzgebung zu erwarten sei. Der Regierungsvertreter erwähnte weiter, daß eine besondere Kommission eingesetzt worden sei, um technische Verbesserungen im Bergbau zu studieren und durchzuführen. In dieser Kommission seien Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Bergbau-Aufsichtsbehörden wie auch der zuständigen Ministerien. Die Kommission verhalte sich zunächst durch sorgfältige vergleichende Studien mit dem Bergbau anderer Länder, die Basis für die notwendigen technischen Verbesserungen zu finden. Der Schiedsgericht sieht weiter vor, daß die Lebensmittelpreise, die zwei Mark pro Tonne betragen, nunmehr durch die Bergwerksverwaltung in bar an die Arbeiterschaft auszugeben sind. Ueber die Verwendung der 5 Goldmark, die die Entente für die Bergarbeiter zahlt, sei ein Bericht der Bergarbeiterverbände abgefaßt worden, daß die Bergarbeiter selbst mit der Verwendung einverstanden seien.

Der Regierungsvertreter machte noch darauf aufmerksam, daß der Schiedsgericht nur als Ganzes abgelehnt oder angenommen werden könne. Die Christlichen und politischen Gewerkschaften hätten dem Vertrag bereits ihre Zustimmung gegeben, während von

Von Freitag, den 11. März bis Freitag, den 18. März

Billige Hosen-Woche

Jetzt erst recht, nachdem durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen die Notwendigkeit der Stärkung des Binnenmarktes erwiesen ist, muß die Bedarfsdeckung breitesten Schichten unseres Volkes erstes Ziel der Wirtschaft sein. Durch einen abermaligen Preis-Abbau wollen wir den Einkauf desjenigen Kleidungsstückes, des Beinkleides, in dem offenbar der größte Bedarf vorliegt, ermöglichen. Ohne Rücksicht auf frühere Herabsetzungen, ohne Rücksicht auf die alten Einkaufspreise, nur mit Rücksicht auf die neue Wirtschaftslage, ermöglicht durch neue große Einkäufe zu ganz besonders niedrigen Preisen stellen wir

unser gesamtes Hosen-Lager, über viertausend Stück, zum Sonderverkauf

Reguläre Preise auf den Preis-schildern vermerkt M. 65.- 75.- 85.- 95.- 110.- 125.- 140.- 165.- 190.- 215.- 225.- 240.- 290.-

Preise der billigen Woche M. 50.- 60.- 70.- 80.- 90.- 100.- 120.- 130.- 140.- 165.- 175.- 190.- 240.-

noch dieser Liste, die Sie beim Einkauf mitbringen wollen

H. Hollentamp & Co. Leipzig

Ede Kleiderstoffe

Brühl 26/32

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Blut- u. Leberw., ger. Wd. 12
Hauschl. Landwurst Wd. 24
Hauschlacht. Speck Wd. 24
Hauschl. Schinken Wd. 26
Speck, ger., nicht tran. Wd. 14
Volkshausweine
Lebensmittel
Herm. Stollberg
Rathh. Str. 20.

Wiedervertäufel!
Gaulerer! Gändler!
Strümpfen und Strumpfwaren
erhalten Sie zu Fabrikpreisen bei
Hähnel & Breter
Mechanische Strickerei
Leipzig, Brühl 14/16
Muster-Duquoy gegen Nachnahme.

Ohne Geld
nur durch monatlich. Miete
gelangen Sie in d. Besitz v.
Beleuchtungs-Körper
Gaskocher, Herde usw.
Leipziger Beleuchtungs-Zentrale
Nikolaistraße 25.

Inserate
für die künftige Nummer
bestimmt, erbitte bis
spätestens 9 Uhr vorm.
um Erscheinungstage.

Warnung an alle Gasverbraucher!

Seit einiger Zeit werden von Haus zu Haus sogenannte **Gassparer** vertrieben, wobei die Verkäufer sich unter Vorzeigung falscher Ausweiskarten als Vertreter unserer angesehenen Gesellschaft ausgeben. Da diese Leute wissen, dass der Name der Thüringer Gasgesellschaft für Güte bürgt, ist es ihnen nur zu oft gelungen, ihre für die Gesundheit gefährlichen Einrichtungen für teures Geld abzusetzen.

Wir erklären hiermit, dass wir

sogenannte Gassparer nicht vertreiben oder vertreiben lassen

weil es sich um Einrichtungen handelt, die **Gas verschwenden** und obendrein alsbald gesundheitlich sehr gefährlich werden können.

Alle Gaskocher, Gasherde, Gasback- und Bratöfen usw., die wir verkaufen, brennen einwandfrei und wirtschaftlich in jeder Beziehung, so dass die Anwendung von Hilfsmitteln überflüssig ist.

Nach erfolgtem Umbau unserer Musterküche werden wir eine Reihe von Vorträgen und praktischen Vorführungen für die Bedienung und Behandlung von Gaskoch-, Brat- und Backapparaten veranstalten, wozu wir noch besonders einladen werden.

Inzwischen bitten wir bei Unzufriedenheit mit der Wirkungsweise von Gasapparaten unsere Firma mit Beseitigung der Mängel zu beauftragen.

THÜGINA

INSTALLATIONS-ABTEILUNG DER THÜRINGER GASGESELLSCHAFT
LEIPZIG

Dittichring 15. Fernr. 3985/685/9034/60332 Eisenbahnstr. 134.

Spottbillig

Getragene und neue

Anzüge und Hosen

nur prima Qualitäten und feinste Schneider-Arbeit auch Herren-, Damen- und Kinderschuhe laufen Sie wie altbekannt beim billigen

Kanner
Eisenbahnstr. 5
Laden.

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. I^a

Obstbäume
Pflanzensammlung in all. Form. u. Größen. Pfäumen, Äpfeln, Birnen, Beeren, Kirschen, hoch und niedrig, Herkunder etc. billig
Friedrich, jr. Bader, Kohl, verl. Pariser Str., Bierlesweg.

Haut-, Geschlechts-
u. Sammel-, vora. neu. Schwämme
behand. Dr. med. Dori, nicht
aprobirt. Wital, naturwoll.
Geleisch Leipzig, Auerstraße 5.
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

USPD Alt-Leipzig, Bezirk Osten

Freitag, den 18. März, abends 7/8 Uhr

General-Versammlung

im Restaurant Gutenberg, Johannsgasse 19-21.

1. Jahresbericht. 2. Tagesordnung: 3. Neuwahlen. 4. Vereinsangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Telephon 3497

Zahlstelle Leipzig

Telephon 3497

Bureau: Giesbortstr. 1, II., Hotel Dittichring, Zimmer 18-19 und 23-24. Geschäftszeit: Zimmer 18-19 von 9-12 u. 4-8 Uhr, Sonntags durchgehend von 9-11 Uhr. Zimmer 23 von 3-6, Sonntags von 1-3 Uhr
Zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten.

Maschinen- und Sägereiarbeiter Freitag, den 18. März 1921, abends 7/8 Uhr, im Volkshaus (Mittel-
saal): **Wichtige Branchen-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Unsere sozialpolitischen Forderungen an die angeschlossenen Körperschaften. 2. Branchenangelegenheiten.

Rüstenmacher Freitag, den 18. März 1921, abends 5 Uhr, findet im Volkshaus (Café) eine **wichtige Branchen-Versammlung** statt.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Lehrlingsfrage. 2. Branchenangelegenheiten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Geldirrührer, Arbeiter u. Arbeiterinnen in den Getreide- u. Futtermittel-Handlungen.
Freitag, 18. März, abends 7/8 Uhr. **Versammlung** im Volkshaus, Seiber Straße, Kolonnade.
Die Sektionsleitung.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Klavierspieler m. od. ohne Bd.,
sow. als Klavierbegleiter a. f. g.
sucht. Off. in Br. erb. Bahnhöfstr.
Co. Auerbachstr. 2. II. W.
Gelegenheitslokal!
Weg. Aufab d. Schuhbedarfs-
artikel verl. a. spottbill. Preis
Leb. u. Eisenkon. Stiefel-
Schuhwerk, Einlegeohren,
Schnallen, Nagel- u. Näborte
ic. Bayerische Str. 83. 3. Etage
Alle Fahräder, Motor-
räder, auch defekte, laufft
Schiffel. Farbwerke 8. I^a
Nähmaschine zu kaufen gel.
Off. u. A. 20 a. b. Erb. b. Bl.
Alte Nähmaschine
auch defekt, zu kauf. gesucht
Dolmann, K. Kapellenstr. 9a

Familien-Nachrichten

Die überaus grosse Anzahl von Glückwünschen, Geschenken und Ehrungen, welche uns aus Anlaß unserer
SILBERNEN HOCHZEIT
zuteil geworden, machen es uns unmöglich, Jedem einzelnen unsern Dank abzustatten. So sprechen wir hierdurch allen, welche an diesem Tage liebevoll an uns gedacht, unsorn herzlichsten Dank aus.
HEINRICH UEHMANN U. FRAU

Am 14. März verschied im Krankenhaus St. Georg nach kurzem aber schwerem Leben mein lieber Mann, unser guter treuliebender Vater, Schwieger- und Großvater
August Kund
im Alter von 62 Jahren.
Wahren, Bahnhofstraße 21.
In tiefstem Schmerz
Emilie verw. Kund
im Namen familiärer Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, 1/4 Uhr, von der Halle des Wahren Friedhofes aus statt.

Am 14. März, abends 7 Uhr, verschied nach schwerem Krankenlager, im Alter von 63 Jahren, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
Ernst Friedrich Thärgen
L. Thonberg, Walastraße 21, v.
In tiefstem Schmerz
Die Hinterbliebenen.
Beerdigung am 17. März, nachmittags 1/3 Uhr, von der Kapelle des Johannisfriedhofes aus.

Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben Entschlafenen, Frau
Frieda Posta
lagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten sowie den lieben Hausbewohnern unsern herzl. Dank.
L. Connewitz, Neudorfer Straße 48
Rob. Posta und Tochter.

Am 14. März verschied im Krankenhaus St. Georg nach kurzem aber schwerem Leben mein lieber Mann, unser guter treuliebender Vater, Schwieger- und Großvater
August Kund
im Alter von 62 Jahren.
Wahren, Bahnhofstraße 21.
In tiefstem Schmerz
Emilie verw. Kund
im Namen familiärer Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, 1/4 Uhr, von der Halle des Wahren Friedhofes aus statt.

Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben Entschlafenen, Frau
Frieda Posta
lagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten sowie den lieben Hausbewohnern unsern herzl. Dank.
L. Connewitz, Neudorfer Straße 48
Rob. Posta und Tochter.

Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben Entschlafenen, Frau
Frieda Posta
lagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten sowie den lieben Hausbewohnern unsern herzl. Dank.
L. Connewitz, Neudorfer Straße 48
Rob. Posta und Tochter.

Dank. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, für die beim Heimzuge meiner lieben Tochter
Toni

mir so zahlreich dargebrachten Beweise erweiterter Teilnahme aufrichtig zu danken. Insbesondere Dank der Jugend von Wiedertisch für Schleiher und Kranz, den Vereinen für die herrlichen Blumenkränze und die letzten Grüße in Wort und Lied, den Herren für das bereitwillige Tragen zur letzten Ruhestätte und Herrn Pfarrer Bolger für seine herzlichsten, trostreichen Worte.
Wiedertisch, am 15. März 1921.
In tiefstem Weh **Emma verw. Krell**
zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Statt Karten!
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer lieben guten Mutter
Thekla Hünig
lagen wir hierdurch allen Beteiligten unseren tief-
gefühlten Dank.
L. Kleinschöcher, am 16. März 1921.
Artur Hünig nebst allen Hinterbliebenen.

Für die aufrichtige Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, meiner guten Mutter, lagen wir allen Freunden und Kollegen unsern herzlichsten Dank.
L. Pflaagwitz, den 14. März 1921.
Otto Franke u. Tochter.

Nachruf und Dank! Allen, die meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Frau **Martha Klamm geb. Steyer** durch innige Teilnahme und Trostwort noch im Tode ehrten, sei hiermit herzlich gedankt. Dank Herrn Pfarrer Wöhle für seine trostreichen Worte, meinen lieben Arbeitskollegen der Firma H. Sad sowie unsern lieben Hausbewohnern und allen Verwandten und Bekannten für Begleitung zur letzten Ruhestätte.
L. Kleinschöcher, 16. März 1921.
Der tieftrauernde Gatte **Hugo Klamm** nebst Sohn
zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

Die Einäschung meines lieben Mannes, des Gastwirts **Adolf Fischer** findet Freitag, nachm. 3 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.
Mittags 6, v. Frau **Margarete verw. Jäger geb. Volker.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. März.

Parlamentsangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion.

Sitzung, heute 1/5 Uhr, Rathaus, Zimmer 300.

Ortsverein L.-Ost. Die Genossinnen brauchen am Donnerstag nicht in die Grüne Aue zu kommen.

Nordbezirk. Donnerstag, den 17. März, abends 1/8 Uhr, im Rickau-Ausschank, Funktionärsitzung.

Gruppenrat X, Lederindustrie, Donnerstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Hotel Vittoria, kleines Restaurantzimmer.

Gruppenrat VII, Holzindustrie, Donnerstag, den 17. März, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Zum Jahrestag des Volkshausesbrandes

findet

Freitag, den 18. März, abends 7 Uhr im Volkshaus, großer Saal

Berjammlung

aller

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

stall.

Tagesordnung:

- 1. Die Bilanz der Märzlage 1920. Ref.: Gen. Aliem.
2. Der Wiederaufbau des Volkshauses. Referent: Genosse Kroneberg.

Ein dreifacher Eingriff in die Selbstverwaltungsrechte der Stadtgemeinde.

Wie wir schon berichtet haben, hat die Kreishauptmannschaft zu der Wahl der Stadträte Dr. Merkel und Dr. Bühring entschieden, daß die Wahl entgegen den Beschlüssen des Rats und der Stadtverordneten und gegen den Willen der beiden Stadträte auf Lebenszeit gestellt soll, während alle Beteiligten die Wiederwahl Dr. Merkels auf zwölf Jahre und Dr. Bührings auf sechs Jahre vollzogen haben.

Der Weg sei bemerkt, daß der „Besund“ der Kreishauptmannschaft nicht vom Kreishauptmann Lange, sondern von einem der Verwaltungsjuristen ausgefertigt ist, die in ihrer langen Beamtenlaufbahn es nicht weiter als bis zu einer Futterstelle in der Kreishauptmannschaft gebracht haben. Die Verantwortung für den „Besund“ trägt aber der Kreishauptmann, solange er nicht das Gegenteil in der Öffentlichkeit nachweist.

Der Freiherr hat ausgeknobelt, daß es nach den gesetzlichen Bestimmungen — wie er sie auffaßt — unzulässig sei, von den Stadträten einen Verzicht der Wahl auf Lebenszeit zu verlangen, und daß die ehrenwörtliche Verzichtserklärung der beiden Stadträte ungültig sei. Daher sei die Wahl nicht auf Zeit, sondern auf lebenslänglich erfolgt, alle andern Abmachungen (über Ruhegehälter) seien ungeschicklich.

Wie ein zürnender Gott aus längst vergangener Zeit schleudert der paragraphenkundige Freiherr die Blitze seiner Mißbilligung. Er mißbilligt den Rat der Stadt, er mißbilligt die beiden Stadträte, er mißbilligt die Stadtverordneten. Jawohl, da ist ein Bureaukrat, der sich glücklich mit Ach und Krach gebüdig einen Platz in der Kreishauptmannschaft erworben hat und der sich nun herausnimmt, die von der Bürgererschaft gewählten Stadtverordneten zu mißbilligen!

Geradezu verblüffend einfach hat sich der Freiherr die Begründung seines „Besundes“ gemacht; er scheint alle Welt nach seiner eigenen geistigen Verfassung einzuschätzen. So sagt z. B. die Begründung, die Wahl sei auch deshalb als lebenslänglich zu betrachten, weil nach der Debatte im Stadtverordnetenkollegium „den Wählern ganz klar sein mußte, daß das Gesetz nur eine lebenslängliche Wahl zulasse“.

Handlungsweise erscheint vom sittlichen Standpunkt um so verwerflicher.“ Besonders schön ist auch folgender Satz: „Die Abgabe des Ehrenworts vermag das richtige Versprechen ebensowenig zu einem verpflichtenden, den Abgebenden bindend zu machen, als das ehrenwörtliche Versprechen eines Verbrechens oder einer andern geschwürigen Handlung.“

„Bücherliche Ausbeutung, Nötigung, verwerflicher sittlicher Standpunkt, Verbrechen“ — das alles erlaubt sich die vorgelegte Instanz der Gemeindeorgane als Aufsichtsbehörde. Man könnte diese Schimpfwortsammlung unbeachtet lassen, weil die Beschimpften es ablehnen, auf das Niveau dieses Verfassers herunterzusteigen. Aber damit wäre nur die persönliche Seite der Angelegenheit erledigt. Viel wichtiger ist jedoch der sachliche Inhalt des freischnittenhändlichen „Besundes“.

Teuerungszahlen für Leipzig.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie in je 4 Wochen in Leipzig (in Mark):

Table with 3 columns: Category (e.g., Nahrung, Körperpflege), and 3 columns of prices (T1, T2, T1+T2) for various dates from Jan 30 to Feb 14.

Der Mitte Dezember eingetretene Rückgang der Teuerungszahl 1 hat infolge weiteren Fallens der Preise für Fett, Fleisch und Fische und trotz des Steigens der Preise für Gemüse und neuerdings für Milch angehalten.

Die Teuerungszahlen I sind nach der Umweisung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig aufgestellten Grundzahlen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels berechnet.

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig im Monat Februar 1921.

Die Zahl der männlichen Personen, die volle Erwerbslosenunterstützung beziehen, hat gegenüber dem Vormonat eine Abnahme von 649, die der weiblichen eine Zunahme von 82 erfahren; zusammen bezogen 13 001 (im Vormonat: 13 588) Personen mit 12 037 Familienangehörigen volle Unterstützung.

Aufruf an die sozialistische Jugend Sachsens!

März — — Märzgedanken!

Vor 73 Jahren war es, als sich gleich einem Frühlingsturm das deutsche Volk erhob, um sich vom „königlichen“ Absolutismus zu befreien.

Das Proletariat und die Jugend an der Spitze stieg auf die Barrikaden und besiegte mit seinem Blute die kaiserlichen Gardes. Doch das Proletariat wurde um seine Verdienste betrogen. Der wachsende Kapitalismus umflammerte das Proletariat und wir, die Jugend, feuerten doppelt unter dieser Qual. Da kam der Weltkrieg.

4 1/2 Jahre lang zerstückelten sich die Völker Europas, gejagt von der Kriegsurie von Siegern und Revanchegedanken.

Millionen von Deutschland allein ruden ihre zerstückelten, zermarterten Glieder aus den zerstörtesten und zerstörtesten Fluren Frankreichs, Russlands usw. Millionen fielen dem Hunger zum Opfer. Da machte das deutsche Volk dem Schrecken ein Ende und die Revolution brauste abermals über die Länder.

Kapp-Putsch

Ihre alte Macht wieder herzustellen. Noch einmal siegte das Proletariat, weil es zehn Tage lang so fleißig einig war. Es war wiederum Arbeiterblut in Strömen geflossen, Barrikaden gebaut worden. Wir Jungen standen mit in den vordersten Reihen, und mancher unsrer Freunde bezahlte sein Ideal mit seinem ach so jungen Leben.

Sozialistische Jugend heraus, unsre Toten rufen aus ihren Gräbern. Sie stehen zwischen uns, und wir rufen mit ihnen: Die Revolution ist nicht tot, sie lebt weiter fort!

Tiefe Trauer und unsagbarer Schmerz fordert uns auf zur Rache, seien wir gerüstet: Aus uns, die sozialistische revolutionäre Jugend, blüht die Gegenwart, denn wir sind die Zukunft!

Staffen wir die Einheitsfront des Proletariats, mit welcher wir das Kapital, die Reaktion zerschmettern. Doch wird dieser Kampf nicht in einem nationalen Rahmen ausgefochten werden, denn im Westen ballen sich drohende Wetterwolken zusammen. Das Ententekapital läßt seine Militärmaschine spielen und übermorgen schon kann sie uns bedrohen.

Die Märzgefallenen von 1848 und 1920 werden gerächt werden; die Wiener Internationale Arbeitergemeinschaft der Tat marschiert!

Hoch lebe die Weltrevolution!

Die sozialistische, revolutionäre, internationale Jugend reicht sich die Hände!

Unser die Zukunft!

Unser der Sieg!

Bezirksleitung der S. P. J. im Freistaat Sachsen.

„Die unabhängige Sonntagssomödie.“ Unter dieser Überschrift bringt der Rote Kurier am Dienstag einen Artikel über die Demonstration der Unabhängigen Sozialdemokratie. Der Artikelschreiber versucht in der kleinlichsten Weise die Kundgebung revolutionärer Arbeiter herabzusetzen.

Dabei waren die meisten der in Leipzig gefallenen März kämpfer Mitglieder der Unabhängigen Partei. Kommunistische Führer waren es, die sich in ihrer Angst im Kohlenkeller in der Hülowstraße versteckten!

Welch eine widerliche Methode, aus elendem Parteikonkurrenzneid eine revolutionäre Demonstration zu beschimpfen. Selbst ein alldäuisches Heßblatt vom Schlage der Leipziger Neuesten hat sich bisher noch nicht herausgenommen, in solcher Weise gegen eine revolutionäre Aktion zu schreiben.

Nebenbei wollen wir bemerken, daß die armseligen Schmierfinken, die täglich die Unabhängigen begeifern, bis heute noch kein Wort berichtet haben über den gegen ihren eigenen Parteilgenossen Fraach vor dem Leipziger Gericht verhandelten Mordprozess; wie sie auch noch nicht ein Wort über den Prozess des März kämpfers Zillmann berichtet haben.

Die am 15. Februar fällig gewesene Reichseinkommensteuer ist zu zahlen. Das Stadtsteueramt schreibt: Die in der Bekanntmachung des Stadtsteueramts vom 1. März 1921 gestellte achtwöchige Frist zur Begleichung dieser Steuer ist abgelaufen. Eine schriftliche Mahnung erfolgt nicht mehr.

Geldwunschkarten, wie sie jetzt zur Konfirmation als Postkarte oder im Umschlag in großer Anzahl versendet werden, kosten, wenn das Wort „sendet“ bzw. „senden“ darauf geschrieben wird, das als handschriftlicher Vermerk angesehen wird, nach einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschlüssenen Verfügung der Post volles Karten-, bzw. wenn im Umschlag versandt, Briefporto, gehen also nicht als Drucksache für 10 Pf. Der Empfänger muß 40 bzw. 60 Pf. Strafpfand bezahlen, was sich bei einem einigermaßen größeren Bekanntenkreis, da die Verfügung noch sehr wenig bekannt ist, zu einer ganz netten Summe anhäuft.

Ein Stück Mittelalter bedeutet so vielen Müttern die Zurückweisung ihrer Kinder vom ländlichen Aufenthalt oder, wie so oft, der Hinweis im Wartezimmer des Schulrates auf eine derartige Zurückweisung, nämlich die Zurückweisung der Kinder, die an Bettlägerien leiden. Mit Recht tritt Schlomer in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege gegen diese Mittelalterlichkeit auf.

März=Gedenkfeier!

Nordbezirk:

Heute, abends 8 Uhr, im Neuen Gasthof, L.-Gohlis.

Südostbezirk:

Morgen, abends 8 Uhr, im Löwenpark, L.-Stötteritz.

Kirche angehören, eine besondere Zeit für die Bestattung festzulegen, unverhältnismäßig hohe Gebühren für die Bestattung dieser Personen zu fordern und zu drohen, daß Dissidenten nicht auf den kirchlichen Friedhöfen beigesetzt werden können.

Der Elster-Saale-Kanal.

Die sächsische Regierung hat dem Landtag die vor mehreren Wochen angekündigte Denkschrift über den Bau des Elster-Saale-Kanals zugehen lassen. Es wird darin eingehend die Entwicklung der Kanalfrage und die Abmachungen mit den übrigen deutschen Regierungen geschildert. Es ist eine neue Planung ausgearbeitet worden, die von der Saale bis zum Leipziger Hafen eine Länge von 19,2 Kilometern hat, also kürzer ist als die früheren Planungen. Die Leistungsfähigkeit der vorgesehenen Einzelschleusen und damit des Kanals beträgt jährlich mehr als 6 Millionen Tonnen und bietet die Gewähr, daß die Schleusenstempel für absehbare Zeit dem Verkehr genügen wird. Zunächst wird auf einen Verkehr von jährlich 1,6 Millionen Tonnen gerechnet. Der Bau des Kanals erfordert 14 Brücken, darunter 8 Überführungen von Hauptstraßen und eine Eisenbahnbrücke. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch durch Schleusenungen wird auf rund 64 500 Kubikmeter geschätzt. Diese Wassermenge kann dem Kanal durch den bereits bestehenden Karl-Heine-Kanal aus der Elster zugeführt werden. Die Kosten des Kanals belaufen sich einschließlich der Hafenanlagen auf 22 Millionen Goldmark, mithin auf etwa 300 Millionen Papiermark. In den Baukosten ist der Aufwand für den Landwerb mit enthalten. Es soll mehr Land als unbedingt nötig erworben werden, um Spekulationen zu verhindern und den Staat an der Wertsteigerung des Grund und Bodens teilhaben zu lassen. Der Aufwand hierfür wird auf rund 1/4 Millionen Mark Friedenspreis geschätzt. Wegen etwa nötiger Entleerung dieses Landes bleibt die Vorlage eines besonderen Gesetzes vorbehalten. Die jährlichen Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten des Hafens einschließlich Verzinsung und Tilgung des Baukapitals des Hafens werden auf 302 500 Goldmark geschätzt. Die Kanalabgaben sollen so bemessen werden, daß eine 5-prozentige Verzinsung der Baukosten einschließlich Tilgung erreicht wird. Der Haushaltsausschuß des sächsischen Landtags hat bereits die ersten 2 Millionen Mark für die Vorarbeiten des Kanals bewilligt.

Ein Fabrikant, der Maschinen kauft und nach dem Auslande verkauft!

Das Oberlandesgericht Dresden hatte sich mit folgendem Fall zu beschäftigen: Der Kartonnagenfabrikant K. hatte von dem Fabrikanten Leonhardt in Dresden einen Raum ermießt und darin vier Maschinen aufgestellt. Als er auf einige Zeit verreisen mußte, übergab er dem Vermieter den Schlüssel zur Aufbewahrung. Dieses Verhalten hat L. in kaum glaublicher Weise mißbraucht, indem er die sämtlichen vier Maschinen nach dem Auslande verkaufte. Es handelt sich um zwei Stoppmaschinen, die er für 100 000 Mk. verkaufte, und um zwei Hüllmaschinen für die er 30 000 Mk. bekam. Als die Tat entdeckt wurde, hatte der saubere Patron die 100 000 Mk. bereits für sich verbrochen, während ihm die 30 000 Mk. abgenommen werden konnten. Das Schöffengericht hatte nur Unterschlagnung angenommen und auf zwei Tage Gefängnis erkannt. In der Berufungsinstanz wurde L. dann wegen Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach dem Sachverständigengutachten sollte der Angeklagte unter dem Schutz von § 51 des Strafgesetzbuchs behandelt haben; die dafür angeführten Gründe haben das Landgericht jedoch nicht überzeugt, daß L. ein Verhalten an den Tag gelegt hat, aus dem sich ergibt, daß er keineswegs unzurechnungsfähig ist und es auch nicht bei Begehung der Tat gewesen ist. Von einer Verkümmertung des Angeklagten durch die ausländischen Aufkäufer könne keine Rede sein, vielmehr habe vorher L. mit seiner Frau über den geplanten Diebstahl gesprochen. Die Revision des Angeklagten wurde vom Oberlandesgericht kostenpflichtig verworfen.

Das Hochschulstudium der Volkshullehrer

war Gegenstand einer Besprechung, die in Gegenwart eines Vertreters des Finanzministeriums und unter Teilnahme von Lehrern aller Schulen bis zur Universität im Unterrichtsministerium stattfand. Als Grundlage für die künftige Volkshullehrerbildung in Sachsen wurden von der philosophischen Fakultät Leipzig folgende Vorschläge unterbreitet: 1. Das Universitätsstudium der Volkshullehrer dauert mindestens sechs Semester und umfaßt als Pflichtfächer Pädagogik, Philosophie, Staatsbürgerkunde. 2. Es steht den künftigen Volkshullehrern frei, neben diesen Fächern noch ein besonderes Fachstudium zu ergreifen, was die Studienstudien um 2 Semester verlängert. 3. Die Prüfung in diesem Fachstudium ist nach Maßgabe der Bildungszwecke, die mit diesen Fachstudien verfolgt werden, in einer besonderen Prüfungsordnung festzulegen. 4. Die praktische Ausbildung der Volkshullehrer wird einem selbständig neben der Universität stehenden pädagogischen Institut überlassen, das unter der Leitung eines persönlich verantwortlichen Direktors steht und dem ein Dozentenbeirat beigesetzt wird. Der anwesende Vertreter des Finanzministeriums wies auf die finanziellen Schwierigkeiten hin. Die Einzeländer seien nicht imstande, die Lasten zu tragen; es müsse versucht werden, sie auf das Reich abzuwälzen; denn die Regelung der Lehrerbildung sei eine Forderung der Reichsverfassung. Entscheidende Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich seien im Fluß. Bevor dies nicht zu Ende geführt sei, könnten die Einzelstaaten Endgültiges nicht beschließen.

Schleissau. Auf der Staatsstraße Schleissau-Schwarzenberg ereignete sich ein Automobilunfall, bei dem der Vermessungstechniker Kraus aus Scheibenberg seinen Tod fand.

Chemnitz. In den Wahlen zur Zentralschulbehörde der Volksschulen nahmen von 378 Stimmberechtigten Eltern und 244 Lehrern 353 Eltern und 204 Lehrer teil. 5 Wahlzettel waren aufgestellt. Die Bürgerlichen erhielten 111, die Mehrheitssozialisten 207, die Kommunisten 33, der Chemnitzer Lehrerverein 130, die Gruppe Arbeitervereine (Lehrergruppe) 71 Stimmen; demnach erhalten die Sozialdemokraten 9, die Bürgerlichen 6, die Kommunisten 1 Elternstimme, der Chemnitzer Lehrerverein 2 und Gruppe Arbeitervereine 1 Elternstimme. Der Rat der Stadt beschloß, bei der Klageanlage in Heinersdorf Arbeiterwohnhäuser mit insgesamt 16 Wohnungen zu errichten; die Herstellungskosten betragen 1 322 000 Mark.

Wauen i. B. Einer hiesigen Stickerkonfektionsfirma an der Krauenstraße wurden in der Sonntagsnacht für etwa 12 000 Mark Hemdenstoffe und andere Waren gestohlen. — Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, zwei seit Monaten im Lande herumziehende Heberdiebe, einen Handlungsausschläger aus Pirna und einen Goldschmied aus Bayern, festzunehmen.

Zwickau. Vor einem Strafgerichtsausschuß saßen die Verbe eines Militärlastwagens, wobei durch letzteren ein 70-jähriger Mann überfahren und getötet wurde. — In Plankenburg wurde ein schwerer Straßenraub ausgeführt. Die Spur der Täter führte nach Zwickau. Hier sind nun zwei der Räuber festgenommen worden.

Frankenberg. Bei der Wahl zum Elternrat für die Volks- und Fortbildungsschule wurden für die Liste der kirchlich gesinnten Vereine und des Bürgerrats 459, für die Liste des Gewerkschaftsvereins 420 Stimmen abgegeben. Beide Listen erhalten je vier Sitze.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein kommunistisches Urteil über die Tätigkeit der Betriebsräte.

Das erste Jahr der Tätigkeit der Betriebsräte ist zu Ende gegangen. Die Erwartungen über die Erfolge, die erzielt werden konnten, dürften nicht allzu hoch geschraubt werden, weil es den Vertretern der Arbeiterschaft bei Schaffung des Gesetzes nicht gelungen war, dem Regierungsentwurf den reaktionären Charakter zu nehmen. Das Betriebsrätegesetz, das der Arbeiterschaft ge-

boten wurde, bedeutet nicht viel mehr, als eine Fortführung der bereits bestehenden Angestellten- und Arbeiterausschüsse.

Von Anfang an war sich jeder Klassenbewußte Arbeiter klar darüber, daß weitergehende Rechte zur Durchführung der Produktionskontrolle erst erkämpft werden müßten und nur in diesem Bewußtsein würde die Arbeit aufgenommen. Ganz ungetrieben und jeder Objektivität hat es deshalb ein in Nr. 27 des roten Kuriers über die Tätigkeit der Betriebsräte gefälltes Urteil. Es heißt da: „Was haben die ersten, geleisteten Betriebsräte im großen und ganzen geleistet? Es wird wahrscheinlich keinen Arbeiter geben, der ihnen dafür ein Loblied singen wird. Unter der Obhut der Gewerkschaftsbürokratie haben sich die meisten Betriebsräte in dem verflochtenen Jahre ihrer Tätigkeit tatsächlich zu Betriebsräten entwickelt, wie sie das Betriebsrätegesetz dem Unternehmer verschrieben hat. Statt zu stürmender Durchbrechung des BRG im Interesse der Arbeiter haben sich die meisten zu Hütern des entsprechend den Profitinteressen der Unternehmer geschaffenen BRG gemacht. Ist haben sie mitgeholfen, wenn der Unternehmer unbehagliche Geher aus dem Betriebe entfernen wollte, oft haben sie, statt es auf den Kampf ankommen zu lassen, Bestimmungen unterzeichnet, die die Freizügigkeit der Belegschaft einschränken und ihre Ausübung durch die Unternehmer erschweren. Nicht selten sind der Vorstand des Betriebsrates die vom Unternehmer meistgeliebten Leute, statt, wie es bei einem Betriebsrat, der wirklich die Interessen seiner Wähler vertritt, sein müßte, der vom Unternehmer besagte Mann im Betriebe zu sein.“

Ein solches Urteil ganz allgemein über die Tätigkeit der Betriebsräte zu fällen, ist eine unverantwortliche Herabwürdigung derselben, es zeigt aber auch, wie verständnislos der Artikelredakteur der praktischen Arbeit gegenübersteht. Die Gewerkschaften erkennen sofort die ihnen zufallenden wichtigsten Aufgaben: die Zusammenfassung und notwendige Schulung der Betriebsräte, um sie zu brauchbaren Kampforganen für die Durchführung der Produktionskontrolle und die Übernahme der Produktion auszubilden. Daß in dieser Beziehung erfolgreich gearbeitet wurde, dafür zeugt der Verlauf des ersten Betriebsrätekongresses. Kommunistischerseits freilich wird diese wirkungsvolle Organisationsarbeit als Obhut der verhassten Gewerkschaftsbürokratie bezeichnet. Die Zerstückelungsarbeit, die von der Mühlengasse in Berlin aus betrieben wurde, lag vielleicht mehr in ihrem Sinne. Aber auch die notwendige Kleinarbeit im Interesse der Arbeiterschaft wurde auf eifrige durchgeführt.

Welche Fülle von Arbeit gab es für die Betriebsräte für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewältigen, was für aufreibende Kämpfe müßten dabei geführt werden. Die anhaltende wirtschaftliche Krise nahmen die Unternehmer sehr oil zum Anlaß, Betriebsstilllegungen, Einschränkungen oder Arbeitserlässungen vorzunehmen. Auch hiergegen führten die Betriebsräte den härtesten und oft auch erfolgreichsten Kampf. Wer eine solche Tätigkeit kurzweg als im Interesse des kapitalistischen Profiten bezeichnet, ist unfähig, objektiv zu urteilen. Geradezu unerschämte ist die Behauptung, daß die Betriebsräte nicht selten die besten Freunde der Unternehmer gewesen seien. Wie oft wurden die Betriebsräte gemahregelt wegen der energischen Interessenvertretung der Belegschaft. Zehnmal lieber bezahlten oft die Unternehmer bei Entlassung die im Gesetz vorgesehene Entschädigung, nur um ein längeres Verbleiben des Betriebsrates im Betriebe abzuwehren. Erinnerung sei noch an den Streik der Metallarbeiter. Wenn die Betriebsräte wirklich alle als gute Freunde des Unternehmers gälten, wären nicht so viele von ihnen als Opfer auf der Straße geblieben. Die Unternehmer wußten sehr wohl, warum sie sich gerade die Betriebsräte als Opfer ausgesucht hatten.

Der Artikel im roten Kurier klagt aus in der Aufforderung, nur kommunistische Betriebsräte zu wählen. Nur diese seien befähigt, wirklich erfolgreiche Arbeit zu leisten. Der Artikelredakteur verärgert dabei, daß es auch bisher schon kommunistische Betriebsräte gegeben hat. Wo blieben deren große Taten?

Die Neuwahlen zu den Betriebsräten stehen bevor. Bei der Auswahl der Kandidaten hierzu darf nicht entscheidend sein der Besitz eines Parteibüchens der K. P. D., sondern die moralische und fachliche Eignung der Bewerber, entsprechend dem Ruf der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale. Die Tüchtigsten und Fähigsten müssen gewählt werden, nicht die Schreier und Phantasten.

Die Internationale der Angestellten!

Bis zum Jahre 1914 bestand eine Internationale Angestellten-Föderation mit dem Sitz in Gent, die auch eine eigene Zeitschrift herausgab. Diese Föderation ist verschwunden. Auch im Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund bestand eine Angestellten-Sektion, die nun nach dem Krieg verfiel, die jetztlichen Fäden wieder anzunähen.

Wie Genosse Aufhäuser im letzten Mitteilungsblatt der Wamitteilung, wurde am 7. Oktober 1920 nach Amsterdam ein Kongreß einberufen, der von den meisten Ländern, darunter England und Frankreich, besucht wurde. Ingesamt waren 382 000 Mitglieder vertreten.

Deutschland und Oesterreich stellten dort Anträge, wonach alle Gruppen von Privatangestellten, darunter Techniker und Werkmeister, einbezogen werden sollen.

Auf Grund dieser Vorschläge ist dann auch der Internationale Bund der Privatangestellten in Amsterdam gegründet worden. Die einzelnen Berufsgruppen werden wieder ihre Fachgruppen bekommen.

Aufgenommen werden nur solche Organisationen, die den Gewerkschaftszentralen angehören und die ihrerseits dem IGB angegliedert sind. Zum Sekretär ist Smit-Amsterdam, zum Präsidenten Otto Urban vom deutschen Zentralverband gewählt worden.

Organisatorisch denkt man die Arbeit folgendermaßen zu leisten: Die Berufsverbände schließen sich erst zur Berufsinternationalen zusammen, die dann zum Internationalen Bund der Privatangestellten stoßen. Dann soll ein enges Verhältnis zum Internationalen Gewerkschaftsbund hergestellt werden.

Der Zweck und die Bedeutung dieses Zusammenschlusses geht konform mit den Zielen der gewerkschaftlichen Internationale und ihrer Glieder. In ihrem Beschluß zur Gewerkschaftsinternationalen sagt die Wam: „Die freien Gewerkschaften der Kopf- und Handarbeiter aller Länder hehrten des festgelegten internationalen nationalen Zusammenschlusses.“ Jede distanzierte Zentralisation wird abgelehnt, denn die Direktiven haben die Gewerkschaften ausschließlich von ihren Mitgliedern entgegenzunehmen.

Aufhäuser schießt seine Arbeit mit folgenden Worten, denen wir nur beipflichten können:

Wenn die freigewerkschaftlich denkenden Angestellten Deutschlands bereit sind, den Gedanken der internationalen Arbeitnehmersolidarität unter Wahrung der hier angeführten Gesichtspunkte realer Gewerkschaftspolitik zu verwirklichen, werden sie im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus sieghaft sein müssen.

Zur Gewerkschaftswahl im Buchdruckerverband.

Am 11. März fand im Volkshaus eine äußerst stark besuchte Buchdruckerwahl statt, die sich u. a. mit der Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftsamt beschäftigte. Nach dem § 9 des Statuts hat der Vorstand zu bestimmen, in welchen Lokalen die Wahl stattfinden soll. Der Gewerkschaftsamt hatte beschlossen, als Wahllokal eine Anzahl Gastwirtschaften zu benutzen, wie dies auch in andern Verbänden, z. B. bei den Metall- und Holzarbeitern, geschehen war. Mit dieser Regelung ging der Gewerkschaftsamt bewusst von der bisherigen Übung ab. Er tat es, weil die begründete Besorgnis besteht, daß, wenn die Wahl in den Betrieben vorgenommen wird, eine unzulässige Beeinflussung solcher Kollegen vorgenommen wird, die sich sonst um das Ver-

halten und die umstrittenen Probleme nicht kümmert. Diese Regelung fand aber bei den rechtsstehenden Kollegen keine Gegenliebe, sie stellten deshalb in der Versammlung den Antrag, wie bisher in den Betrieben abzustimmen. Der Antrag war nach dem Statut unzulässig, denn die von einer Generalsversammlung beschlossenen Bestimmungen können nicht von einer Mitgliedereversammlung außer Kraft gesetzt werden. Deshalb hätte der Vorsitzende den Antrag gar nicht zur Abstimmung bringen dürfen. Er tat es aber dennoch, weil der Antrag seinen persönlichen Interessen am besten zu dienen versprach. Alle Mitglieder des Gewerkschaftsamt, um den neuen Hoffnunganker für sich zu reizen. Sein Ziel erreichte er auch, weil auch eine Reihe Kollegen, die sonst nicht mit ihm übereinstimmen, glaubten, es liege ein wichtiges Recht der Kollegen aufgehen, wenn sie darauf verzichten, in den Betrieben die Abstimmung vorzunehmen. Man mag zu der Frage stehen, wie man will, jedenfalls ist es durch die Abstimmung in den Betrieben den rechtsgerichteten Führern viel leichter möglich, alle indifferenten und geistig bequemen Kollegen zu beeinflussen und über die die Opposition tragende Idee hinwegzuführen. Dabei kommt ihnen zugute die Zerstückelungsarbeit der Kommunisten in andern Verbänden und Orten, die sie als Popanz auch herbei an die Wand malen und ganz zu Unrecht der Opposition schuldlich unterstellen.

Es erscheint deshalb nicht unangebracht, daran zu erinnern, daß die Opposition nicht daran denkt, den Verband zu schädigen. Die Kollegen der Opposition wenden sich nur gegen die einseitige reformistische Einstellung der Verbandsbureaucraten, gegen den Geist der Arbeitsgemeinschaft, der in der Tarifgemeinschaft seinen Ausdruck findet, und gegen die engen zünftlerischen Bestrebungen, die sich im Verbands der Buchdrucker überall breit machen. Sie wollen, daß auch die Buchdrucker sich eingeleben in das Heer der sozialistischen Klassenkämpfer, sie wollen den Verband umgestalten und mit den Verbänden der andern graphischen Berufskollegen zu einem großen leistungsfähigen Industrieverband vereinen. Der Kampf der Opposition gegen den Arbeitsgemeinschaftsgeist ist nicht neu. Es sei nur daran erinnert, daß der jetzige Rechtskonservativ Vollender seinerzeit vom Verband ausgetreten ist, weil er vergeblich gegen die Tarifgemeinschaftspolitik des Verbandsvorstandes ankämpfte. Diejenigen Kollegen, die heute Vollender als ihren politischen Führer betrachten, scheinen dies freilich nicht mehr zu wissen, sonst könnten sie unmöglich die Opposition wegen ihrer Bestrebungen verdammen. Sie scheinen gar nicht zu merken, daß sie sich mit ihrer Argumentation geradezu lächerlich machen. Der Kampf der rechtsstehenden Kollegen unter Führung Hesselbarths müht sich als ein Kampf um die Fronttruppe, und es ist nicht Schuld der Opposition, daß der ganze Streik aufs persönliche Gebiet geriert wurde.

Am Mittwoch nächster Woche müssen sich die Buchdrucker entscheiden, wen sie in den Gewerkschaftsamt entsenden wollen. Dem rechtsstehenden Kollegen kann die Wahl nicht schwer fallen. Nur die

Wisse Maß — Stärke

bietet die Gewähr dafür, daß die Interessen der Kollegen in Zukunft aufs Beste gewahrt werden.

Zur Abwehr der kommunistischen Spaltungsarbeit

Ist der Deutsche Eisenbahnerverband dazu geschritten, die Ortsgruppe Halle mit Wirkung vom 14. März aufzulösen und neu aufzubauen. Zu diesem Zwecke liegen im Bureau der Ortsverwaltung Halle, Oranienstraße 10, parterre, Zimmer 1—2, Listen aus, in die sich alle diejenigen Kollegen der Halle'schen Ortsgruppe eintragen wollen, die ehrlieh bestritt sind, an dem Wiedergesunden der Organisation mitzuarbeiten.

Voraussetzung ist Anerkennung unserer Verbandsstrukturen, der Beschlüsse der Verbandsinstanzen sowie der Aktiven der 2. Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes war zu diesem Vorhaben gedrängt worden, weil die am 10. Februar resp. 9. März gewählten Ortsverwaltungsmitglieder sich weigerten, schriftlich zu bestätigen, daß sie das Verbandsstatut und die Richtlinien des DGB als bindend anerkennen.

Auch im Deutschen Bauarbeiterverband geht der Vorstand mit dieser Maßregel vor. So ist dieser Tage der Bezirksverein Chemnitz aufgelöst worden. Auch diesem wird nun auf neuer Grundlage aufgebaut werden.

Holzarbeiter-Verband. Das am Montag veröffentlichte Reklamkat der Wahlen zum Verbands- und Gauta ändert sich wie folgt:

Es wurden insgesamt 2332 Stimmen abgegeben, davon erhielten Stimmen: Verbandsamt: Hahn 1583, Wittig 1490, Rothe 1248, Renker 1134, Dietrich 1109, Janusch 1001, Volk 949, Freitag 834, Friedrich 803, Verkauf 594, Biermann 428. Gauta g: Hahn 1522, Eilers 1271, Börgel 1206, Damm 1057, Barnstorf 1004, Klaus 852, Eitner 562, Seibel 546, Brumme 518, Gerlach 548.

Die Differenz bei Eitner beruht auf einem Schreibfehler. Außerdem wurden zum Verbandsamt 405 und zum Gauta 410 kommunistische Stimmzettel abgegeben. Unzulässig waren 275 beilehentlich 320 Stimmzettel. Gewählt sind zum Verbandsamt die ersten sieben, zum Gauta die ersten sechs Kollegen.

Geschäftsstelle des Holzarbeiter-Verbandes.

Der Metallarbeiterstreik in den Landbetrieben Hamburgs scheint sich nach einer Normalisierung zu einer großen Aktion auszuweiten. Der Unternehmerverband hat ein Ultimatum gestellt, das aber infolge seiner unannehmbaren Bedingungen von den Streikenden zurückgewiesen werden mußte. Schon vor einiger Zeit hatte die Hamburgische K. P. D. einen offenen Brief an den Metallarbeiter-Verband gerichtet, in dem sie aufforderte, den Streik zu einem vollen politischen Akt zu machen. Man hat dieses Vorhaben natürlich abgelehnt. Nun haben die Betriebsräte der Metallarbeiter getrennt abends beschlossen, die K. P. D., die U. S. V. D. und die K. P. D. aufzufordern, sich bis zum Ablauf des Unternehmer-Ultimatums zu erklären, ob sie gewillt sind, auf Grund des Streiks den Kampf zu dem Streiken zu machen. Sie sollen durch einen gemeinsamen Aufruf die arbeitende Bevölkerung Groß-Hamburgs auffordern, aktiv in den Kampf einzutreten.

Anschließend folgt es dem Kommunisten an einer andern stärkeren Parole, nachdem monatlang der berühmte offene Brief erhalten wurde.

Internationale gewerkschaftliche Aktion.

Den Wiener Gewerkschaften wird eine praktische Disziplin und zwar erhalten die neuen Vorstände ihres Gewerkschaftsbüchens und der Lebensmittelausführlere holländische Kartoffeln und Schnittbohnen durch Zuweisung der holländischen Gewerkschaften kostenlos ausgeliefert. In dieser Verteilung haben auch die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten Anspruch. Dieser Solidaritätsakt ist zu begrüßen und verdient Nachahmung.

Quittung.

Für die Hinterbliebenen des Deloniger Grubenunglücks gingen beim Bezirksretariat ein: Vom Sportverein Burgbaulen 42 Mt. S c h r o t s.

Denk an die Brenzspende für Obereschlesien

Annahmestellen:
Assuranz-Bureau Felix Kiewel, Dittichring 20, Postfach 1010, Nr. 51 722 Leipzig, sowie jede Bank, Sparkasse, Zeitung.

Der Taugenichts.

Von Anton Tschekow.

11]

Da kam aber schon meine Schwester. Als sie bei mir den Doktor erblickte, wurde sie gleich sehr unruhig und erklärte, sie müsse heim zum Vater.

„Aleopatra Alexejewna,“ sagte ihr Blagowo sehr eindringlich, belde Hände ans Herz drückend: „was kann Ihrem Herrn Vater passieren, wenn Sie mit Ihrem Bruder und mir eine halbe Stunde verbringen?“

Er gab sich recht natürlich und verstand seine Lebhaftigkeit auch den andern mitzutellen. Meine Schwester dachte eine Weile nach, wurde dann auf einmal, wie damals beim Piznik, lustig und fing zu lachen an. Wir gingen ins Freie, legten uns ins Gras, setzten unser Gespräch fort und blickten auf die Stadt, wo alle nach dem Westen gerichteten Fenster, in denen sich die untergehende Sonne spiegelte, wie golden ausluden.

So oft von nun an meine Schwester mich besuchte, kam sofort auch Doktor Blagowo, und sie stellten sich bei der Begrüßung so, als sei ihre Begegnung bei mir eine ganz zufällige. Meine Schwester hörte unsern Debatten mit einem andächtigen, entspannten und forschenden Gesichtsausdruck zu, und mir schien es, als ginge ihr allmählich eine ganz neue Welt auf, die sie bisher nicht einmal im Traume gesehen hatte und die sie jetzt zu ergreifen suchte. Kam der Doktor einmal nicht, so war sie still und traurig, und wenn es vorkam, daß sie, auf meinem Bette liegend, weinte, so weinte sie aus persönlichen Gründen, von denen sie mir nichts erzählte.

Im August sagte uns Kettich, wir sollten uns auf die „Stände“ begeben. Zwei Tage, bevor wir aufbrachen, kam plötzlich mein Vater zu mir. Er setzte sich ohne Elle, wuschte sich, ohne mich anzusehen, sein rotes Gesicht ab, holte dann aus der Tasche unsern Stadtbogen und las mir langsam, jedes Wort betonend, die Nachricht vor, daß mein Altersgenosse, der Sohn des Reichshandwerksdirektors, zum Abteilungschef am Rentamt ernannt worden sei.

„Und nun sieh dich an,“ sagte er, die Zeitung wieder zusammenlegend: „du bist ein Bettler, ein Lump und ein Taugenichts! Selbst Leute aus dem Bauern- und Kleinbürgerstande streben nach Bildung, um irgend etwas zu werden, aber du, ein Bolschewik, du strebst nach dem Schmutz! Ich bin aber nicht hergekommen, um mich mit dir zu unterhalten. Dich habe ich schon aufgegeben,“ fuhr er mit erklimter Stimme fort und stand auf.

Ich bin gekommen, um dich zu fragen, wo deine Schwester ist, du Taugenichts! Sie ist gleich nach dem Mittagessen vom Hause weggegangen, und nun ist es halb acht, und sie ist noch immer nicht da. Sie geht jetzt oft aus dem Hause, ohne mir davon auch nur ein Wort zu sagen, und ist viel weniger ehrerbietig als früher. Ich sehe darin keinen schlechten, gemeinen Einfluß. Wo ist sie?“

Er hielt den mir wohlbekannten Regenschirm in der Hand, und ich stand schon stramm wie ein Schuljunge, in der Erwartung, daß er mich wieder schlagen würde. Er bemerkte aber meinen Blick auf den Regenschirm, und das hielt ihn wahrscheinlich ab. „Lebe wie du willst!“ sagte er. „Ich nehme meinen Segen von dir.“

„Gott im Himmel!“ murmelte die Kinderfrau hinter der Tür: „Dein armer, unglücklicher Kopf! Mein Herz ahnt Unheil!“

Ich arbeitete auf der Straße. Den ganzen August regnete es und war es kalt und feucht. Das Getreide blieb auf den Feldern liegen, und auf den großen Gütern, wo man mit Maschinen mähte, lag der Weizen nicht in Schubern, sondern in Haufen, und ich erinnere mich noch, wie diese traurigen Haufen von Tag zu Tag dunkler wurden und der Weizen verdarb. Das Arbeiten fiel uns sehr schwer, weil die Regengüsse alles verdarben, was wir fertig machten. In den Stationsgebäuden zu wohnen und zu schlafen war uns verboten, und wir hauchten in den schmutzigen, feuchten Erdhöhlen, in denen im Sommer die bewußten „Eisenbahner“ gewohnt hatten. Nachts konnte ich vor Kälte nicht schlafen, und auch weil mir über Gesicht und Hände die Äpfeln liefen. Wenn wir aber an den Brillen arbeiteten, kamen die „Eisenbahner“ Abend für Abend in ganzen Scharen, um die Mäser zu verkaufen; das war für sie eine Art Sport. Sie schlugen uns, stahlen uns die Pfenne und verdarben, um uns zum Streit zu provozieren, unsere Arbeit, indem sie z. B. die Wärrerhüschchen mit grüner Farbe anstrichen. Um den Reich unserer Leiden vollzumachen, fing Kettich an, uns sehr unpolitlich zu entöhnen. Alle Malerarbeiten in diesem Revier waren an einen Unternehmer vergeben worden; dieser hatte sie von sich aus einem andern übergeben, und dieser andre gab sie Kettich, wobei er sich 20 Prozent ausbedang. Die Arbeit war schon an sich wenig lohnend, und da kamen auch noch die Regengüsse hinzu; die Zeit verging unnütz, wir taten nichts. Kettich war aber verpflichtet, seine Arbeiter für den Tag zu bezahlen. Die hungrigen Maler drohten ihn zu verprügeln, nannten ihn einen Gauner, einen Blutsauger, einen Judas, er aber leuchtete, hob die Hände verzeihend zum Himmel und ging alle paar Tage zur Frau Tscheprowa, um sich Geld zu leihen.

(Fortsetzung folgt.)

Carmen.

Zur Aufführung für das Arbeiter-Bildungs-Institut.

Die letzten Operaufführungen des Arbeiter-Bildungsinstituts machten die Arbeiterschaft mit dem deutschen und dem italienischen Hauptvertreter der dramatischen Richtung der neueren Musik bekannt, mit Wagner und Verdi. Nun soll die Arbeiterschaft auch den bedeutendsten französischen Meister dieser musikalischen Art kennen lernen, Georges Bizet in seinem besten und reifsten Werke Carmen.

Es ist dieselbe Entwicklungslinie, der die französische Opernmusik gefolgt ist, wie wir sie aus der Geschichte der deutschen und der italienischen Oper kennen, nur natürlich durch die nationalen Gefühlseigenheiten in den Einzelheiten ein wenig abgewandelt. Wir sehen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in die gesamte Kunst, nicht nur in die Musik, eine neue Anschauung und ein neues Empfinden einziehen, das, was die Kunstgeschichte „Naturalismus“ nennt. In diese Zeit fiel der ungeheure Aufschwung der europäischen Naturwissenschaft und Technik, denen sich das Interesse der damaligen Menschheit um so stärker zuwandte, als gerade die vorhergehende Zeit der Romantik im Gefühlslübensschwung und in einem möglichst subjektiven Erfassen der Welt geschwelgt hatte. Die Reaktion auf die Uebertreibung dieses Kultus der Empfindung war unausbleiblich: So wandte man sich auf allen Gebieten der Kultur einer möglichst objektiven Betrachtung der Wirklichkeit zu. In der Philosophie folgten auf die Idealisten die Positivisten, die keine abstrakte Philosophie der Möglichkeiten mehr geben wollten, sondern eine praktische Auslegung und Erforschung des Menschenlebens mit seinen Gesetzen. Die Maler suchten nicht mehr irgendwelche schwärmerische und poetische Gefühle darzustellen, sondern die Natur bis in ihre Einzelheiten getreu wiederzugeben. Auch die Musik, in die die neue Bewegung am spätesten einwirkte, wandte sich von dem Streben nach absoluter Schönheit und Monumentalität der von ihr wiedergegebenen Gefühle ab und bemühte sich, besonders in der Oper, das reale dramatische Geschehen wirklichkeitstreu auszumalen und zu illustrieren. Diese Unterordnung der Musik unter das dramatische Geschehen ist die bedeutendste Wandlung, die die Oper im 19. Jahrhundert erfahren hat.

Die Musik ist die freieste, körperloseste aller Künste. Sie entnimmt ihre Inhalte nicht der Welt des Stofflichen, wie es die Malerei und die andern Künste mehr oder weniger tun, sondern arbeitet nur mit den Empfindungen des Menschen, die sie durch die Folge der Töne, ihre Zusammenordnung, ihre Klangfarbe usw. zu erwecken versteht. So läßt sich für sie schwer ein sicherer Maßstab aus der Welt der Wirklichkeit finden, sie scheint ihren eigenen Weg zu gehen, ihren eignen Gesetzen zu folgen. Dies aber konnte den Menschen des 19. Jahrhunderts, deren Streben nach dem objektiven Erfassen des Wirklichen ging, nicht genügen. So nahm man der Musik ihre Selbstständigkeit. Man stellte einen dramatischen Stoff, also einen der Wirklichkeit näheren und an ihr messbaren Stoff, als Herrscher über sie und gab ihr die Aufgabe, diesen Stoff mit ihrer feinen Empfindungssprache zu untermalen und dadurch fesslich zu vertiefen. Und man schätzte ihren Wert jetzt danach ein, wie gut sie es verstand, sich der beherrschenden Dramatik anzupassen und sie zu illustrieren.

In Deutschland war es Richard Wagner, der um diese Zeit diesen neuen „musikdramatischen“ Stil zur Vollendung brachte, in Italien Verdi, in Frankreich Bizet. Es ist klar, daß neben dem Gemeinamen, das diese drei Tonidichter aus einer gleichen geistigen Strömung haben müssen, doch auch die nationalen Eigentümlichkeiten große Unterschiede in ihrer Musik entstehen lassen mußten. Das Grundprinzip war immer, in der Musik eine möglichst scharfe Zeichnung der Operaufhandlung und der handelnden Personen zu geben; aber eine Kunst, die nur einem Prinzip dient, kann niemals lebendig sein. Die persönliche Eigenart des Künstlers muß ihr stets erst die Seele einhauchen, sehr häufig unter Verstoß gegen das abstrakte Prinzip. So finden wir als etwas Künstliches bei Wagner sein deutsches romantisches Schwärmen für Sagenstoffe und Heldengestalten der Vorzeit, die eigentlich in den „Naturalismus“ seiner Werke nicht recht hineinpaffen. Bei Verdi ist es die Liebe zur Tonischmelgerei und zum Formalen und vollstimmlichen Schönen seiner musikalischen Themen, die seine Eigenart bedingt und die Einheitslichkeit der musikalischen Wirklichkeitsabbildung zerlegt. Bizet als treuer Schüler der französischen Naturalisten, die die konsequentesten von allen waren, hat die naturalistische Form noch am treuesten gewahrt. Die „Schlager“, die volkstümlichen und leicht eingänglichen, musikalisch aber meist wertlosen Stellen seiner Musik, wie z. B. das berühmte Motiv „Auf in den Kampf, Torero“ aus Carmen, sind nicht aus Liebe zu derartiger Affekthausmusik entstanden, sondern dienen dazu, die Personen seiner Oper, die ohne jede Idealisierung dem wirklichen Leben entnommen sind, als einfache und zum Teil etwas banale Menschen zu charakterisieren. Dadurch, daß er folgerichtig den Weg der Wirklichkeitsabbildung geht, kommt Bizet dazu, seinen Gestalten solche an sich undramatische „Schlager“ in den Mund zu legen. Hätte er übermenschliche Helden gezeichnet wie etwa Wagner, so hätte er dies nicht nötig gehabt, da er aber wirkliche Menschen mit all ihren Schwächen zeichnen wollte, mußte er

diese Formen benutzen. Der einzige Verstoß gegen den strengen naturalistischen Stil, den man bei ihm findet, ist die Liebe zu einer gewissen monumentalen, klassischen Schönheit der Musik, die bei ihm immer wieder die demütige Unterordnung der Musik unter das dramatische Geschehen stört und ihn selbständige musikalische Wege gehen läßt. Doch verleiht gerade sie seinen Werken den Charakter einer großen harmonischen und abgerundeten Schönheit, die ihren zeitlosen Wert bedeutend erhöht. Selbst Menschen, für die der „Naturalismus“ nicht mehr die Sprache ihres Empfindens ist, können so in diesen Werken noch unendlich Vieles finden, was ihrem Empfinden entgegenkommt.

„Carmen“ ist Bizets letztes und reifstes Werk. Es ist ihm nie vor dieser Oper so trefflich gelungen, Zustände, Handlungen und Menschen bis in die feinsten Eigenheiten musikalisch zu schildern. Die Oper spielt in Spanien. Schon die Schilderung des spanischen Milieus ist eine glänzende Leistung des Meisters. Die Personen sind sämtlich echtste Typen aus dem spanischen Volksleben: Carmen, die leichtsinnige und verbrecherische Kolotte, José, der einfache und empfindungsstarke spanische Soldat, Escamillo, der athletische, brutale und eingebildete Stierkämpfer, alle diese Gestalten werden dem Hörer der Oper durch die Musik menschlich unendlich viel klarer gemacht und näher gebracht, als das die geschichtliche Charakterisierung in Worten vermöchte. So erübrigt es sich auch, die Handlung im einzelnen nachzuzeichnen, deren Grundmotiv das der Verführung des Mannes durch die Frau ist. Der biedere José wird durch die Verführungskünste Carmens, die ihn anfänglich liebt, dann aber nur noch als ihr Werkzeug benutzt, in die Laufbahn des Schmugglers und Räubers gebrängt und rächt sich schließlich, als sie ihr um des Stierkämpfers Escamillos willen im Stiche läßt, durch ihre Ermordung. Diese Handlung ist eben dadurch, daß sie jeder moralischen Uebertreibung entbehrt, außerordentlich lebenswahr, und somit der geeignetste Stoff für einen Komponisten wie Bizet.

Was er aus ihr gemacht hat, das werden die Hörer deutlich fühlen und empfinden. Es wird auch jedem klar werden, daß alle die bekannten Schlager wie das Terzomotiv oder die Habanera der Carmen „Ja die Liebe hat bunte Flügel“ nicht das Wesentliche an der Carmenmusik sind. Die wunderbaren musikalischen Gemälde des spanischen Lebens im ersten Akt, die Schilderung der Schwüben und wilden Stimmung in einer kleinen spanischen Kneipe im 2. Akt, das glänzende Bild des romantisch-verwegenen Schmugglerlebens, wie es der 3. Akt gibt, und vor allem der 4. Akt mit seiner grandiosen dramatischen Steigerung bis an das Ende, das sind die Werte, die der Hörer zu erfassen versuchen muß. Auch die Charakterisierung der einzelnen Personen, die bis in die kleinste musikalische Einzelheit durchgeführt ist, die sich sogar bis in die Führung der einzelnen Stimmen gegeneinander im Duett und Terzett erstreckt, muß dem empfänglichen Hörer ohne weiteres klar werden. Nur eins ist vonnöten: Der Hörer muß sich ganz dem Gehörten hingeben, versuchen, alle außerhalb der Oper stehenden Dinge einmal beiseite zu lassen. Nur dann, wenn diese Einführung mit ihren kritischen und geschichtlichen Anmerkungen zu dem Werke dieses Aufnehmens mit dem Empfinden nicht stört, hat sie ihren Zweck erreicht. Denn das Kunst-Erleben ist von dem Kunst-Erklären streng getrennt. Pz.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Die Intendanz macht darauf aufmerksam, daß die für Freitag, den 18. März, angekündigte Vorstellung von Königskinder nicht um 6 1/2 Uhr, sondern erst um 7 Uhr beginnt. Die Vorstellung von Waffenschmied am Sonnabend beginnt dagegen nicht um 7 Uhr, sondern erst um 7 1/2 Uhr. — Richard Wagners Parsifal wird in diesem Jahre nur zweimal aufgeführt, und zwar am Sonnabend, dem 26. und Oster Sonntag, den 27. März, beide Male bei aufgehobenem Anrecht. Für den 2. Osterfeiertag ist Verbis Mastenball, der in den letzten Wochen nicht mehr gegeben wurde, bei aufgehobenem Anrecht angelegt. Der neu einstudierte Oberon ist für Mittwoch, den 17. März, vorgesehen. Die bereits angekündigte Neueinstudierung des Barbier von Bagdad von Cornelius und Leo Blechs Versteigerung ist, wie bereits mitgeteilt, für Sonntag, den 3. April, in Aussicht genommen.

Theatergemeinde Leipziger Schauspielhaus. Wie die städtischen Theater steht sich auch Vorstand und Aufsichtsrat des Schauspielhauses nach eingehenden Beratungen genötigt, den Grundpreis zu erhöhen. Er wird vom 2. April ab 9 Mk., statt 7 Mk., wie bisher, betragen. Die Genossen, die mit der Einlösung ihrer Kontrollkarten noch im Rückstand sind, können die Beträge hierfür unserer Tageskasse bis zum 1. April 1921 in der alten Höhe zuführen. Unter dieser Voraussetzung werden die abgelieferten Kontrollkarten auch noch im 9. Spielabschnitt angenommen. Kontrollkarten, die nach dem 2. April bezahlt werden, ganz gleich welchen Spielabschnittes, müssen mit dem neuen Preis bezahlt werden.

Gertrud und Ursula Falke, die als Tanzkünstlerinnen bekannten Töchter des Dichters Gustav Falke, geben am 21. März im Theaterjaale des Kristallpalastes ein einmaliges Gastspiel.

Ein Waggon schwarze Herrenstoffe eingetroffen!

Posten 1

3500 Meter 140 cm breites schwarzes Tuch

schwerere Ware, auch für Damen-Kostüme und Mäntel bestens geeignet

Verkauf im 1. Stock (Maf-Abteilung)

M. 39.—

Gegen Einsendung von 60 Pfg. senden wir Muster, jedoch nur nach auswärts. — Interessenten aus Leipzig und Umgebung wollen sich die Ware, ohne jeden Kaufzwang, am Stück ansehen.

Posten 2

2000 Meter 140 cm breites schwarzes Tuch

schwere Ware, in Stärke und Haltbarkeit dem Militäruch ähnlich

Verkauf im Erdgeschoss (Hofen-Abteilung)

M. 39.—

Für M. 45.— fertigen wir aus diesem Stoff eine Hose einschließlich Zutat an, so daß die fertige Hose bei Verwendung von 120 cm Stoff auf M. 91.80 zu stehen kommt. Eine ganz vorzügliche, unverwundliche Diensthose.

Brüßel 20/32

H. Hollentamp & Co. Leipzig

Erstes Herren-Bekleidungs-Haus

Die Reichsliste.

Reichstag.

Berlin, 15. März 1921, 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Präsident Ebe ein Telegramm der Deutschen in Bafparaiso, das die Abwehr der mahlofen Forderungen der Entente billigt und verspricht, fest hinter der Reichsregierung zu stehen. (Beifall.)

Anfragen.

Auf die Beschwerde des Abg. Dr. Levi (Komm.) über die Verhaftung einer sowjetrussischen Handelsdelegation in Emden durch deutsche Grenzorgane wird die Verhaftung von der Reichsregierung bestritten.

Abg. Frau Fleh (U. Soz.) verlangt Auskunft über den Verbleib von 4 1/2 Millionen Mark, die vom Reichsverband für See- und Küstenschutz ausgebracht wurden, um den aus dem Felde heimkehrenden Mitgliedern die Wiederaufnahme des Fischereibetriebes zu ermöglichen. Die Summe wurde dem Reichskommissar für Fischverorgung, Herrn von Kligge, übermittelt, die Fischer Kufhavens aber konnten trotz eifriger Nachforschung nicht erfahren, wo das Geld geblieben ist. — Die Reichsregierung wußte bisher von dieser Summe nichts und erklärt, einige Zeit zu brauchen, bis Auskunft geschaffen werden kann.

Abg. Geyer-Leipzig (Komm.) führt Beschwerde über die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Thomas in Augsburg. — Die Reichsregierung ist zur Beantwortung noch nicht in der Lage, da von der bayerischen Regierung noch keine Auskunft eingegangen ist.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung des Haushaltsplanes für 1921 in Verbindung mit Gesetzentwürfen zur Änderung des Zinswarensteuergesetzes und des Zuckersteuergesetzes, sowie zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes, schließlich der Entwurf eines Süßstoffgesetzes. — Der Haushaltsplan geht auf Antrag Munim (Dntf.) an den Hauptausschuß, die Steuervorlagen an den Steuerausschuß.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache über das

Reichsministerium des Innern.

Präsident Ebe: Die Redner der zweiten Rednerreihe sollen nur 30 Minuten sprechen, denn es muß möglich sein, im Laufe der Woche die Haushaltspläne für 1920 und 1921 zu erledigen. Wir wollen dann nach den Osterferien ohne die bisherige Fehlfahrt in gründlicher Weise an die gesetzgeberischen Arbeiten herantreten, und wir wollen unsre Zeit so einrichten, daß die Abgeordneten auch ihren anderen Geschäften nachgehen können. (Beifall.) Die Plenarsitzungen sollen dann täglich nur von 2-6 Uhr stattfinden, und alle 14 Tage sollen ein Sonnabend und ein Montag sühungs-frei sein.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Zentr.): Die Ausgestaltung des Schulwesens ist Sache der Länder. Wir sind grundsätzlich gegen die Reichsschulen. Die föderalistische Anwendung des Ministers in der Frage der Anmeldung zur Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht kann uns nicht befriedigen. Religion ist wertvolles Lehrfach. Da gibt es höchstens Dispens, aber nicht positive Anmeldung. Wir machen keine weiteren Schulkompromisse wie in Weimar.

Abg. Beuermann (D. Sp.): Auf dem Schulgebiet hätten wir viel schnellere Kulturarbeit leisten müssen, das Reichsschulamt muß mit der höchsten Autorität ausgestattet werden. Die Vorrede zu dem Abdruck der Verfassung für die Schulklassen muß man besichtigen oder von einem Pädagogen schreiben lassen. Staatsbürgerkunde muß getrieben werden, aber im Sinne der Volksveröhnung. Denn zu der von Ihnen (nach links) angelegten Volksveröhnung können Sie nur auf dem Wege der vorhergehenden Volksveröhnung gelangen. Der Religionsunterricht darf auf keine andre Weise betrieben werden, als wie es schulmäßig gewohnt ist.

Staatssekretär Schulz: Dem allgemeinen Drängen auf kulturelle Fortschritte steht leider die Verarmung des Reiches entgegen. Der Reichsausschuß hat sich durchaus bewährt. Die Reichsschulkonferenz hat eine große Bedeutung und brachte viel Material für die Schulgesetzgebung der nächsten Jahre. Statt einer Wiederholung der Konferenz wird das Reichsministerium des Innern aber von Fall zu Fall Fachauschüsse einberufen. Hoffentlich gelangt die Förderung der Lehrerbildung trotz der Bedenken der Finanzverwaltung. Der erste Versuch, ein einheitliches Schuljahr durchzuführen, ist am Widerstand Bayerns gescheitert. Dort hat man sogar Plakate dagegen verbreitet. Es geht um die Zukunft unserer Jugend.

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.): Die Verherrlichung des Reichsministeriums des Innern als Kultusminister durch den Abg. Leicht klang mir wie bittere Ironie. Uns erscheint der Minister doch mehr als Religionsminister alten Stiles. Es liegt im Wesen der heutigen Demokraten, der in die Reihen der Bestehenden eingezogenen Nachkommenchaft der Achtundvierziger, sich nach Rechts anzupassen. Geschäftstüchtigkeit herrscht genug im Reichsministerium des Innern, aber es fehlt an einer aus der Not der Zeit herausgeborenen Idee und an der Entschlußkraft ihrer Durchführung. Der Reichsminister bekommt föderalistische Umwandlungen nur dann, wenn es sich darum handelt, reaktionäre Vorrechte einzelner Länder zu schälen. Der bürgerliche Politikerver größtem Ausmaß, Herr Simmes, der ein Symbol darstellt für die machtpolitische Idee des heutigen Kapitalismus, kümmert sich nicht um Kulturpolitik. Ihm ist es auch nicht so sehr um nationale Bedenken zu tun als um die Aufrichtung einer vielleicht internationalen Wirtschaftsmacht. Dem Reffen wir die Einheitsfront des internationalen Profetariats entgegen. (Zurufe rechts.) Nein, hier handelt es sich nicht um den Haß gegen einen einzelnen Mann, sondern um die Erkenntnis der beiden maßgebenden Mächte, der Gegenwart aus ihrer geschichtlichen Notwendigkeit heraus. Der Aufstieg der Tüchtigen scheitert an den Vorrechten der Bestehenden und an finanziellen Hindernissen. Unser Antrag auf obligatorischen Besuch der Schulförderstätten soll der erste Schritt sein zu einer wirklichen Arbeitgemeinschaft und einem einheitlichen Aufbau des Schulwesens.

Abg. Stokowich (Dem.): Wir wünschen eine wahrhaft nationale Schule, wollen aber die Mitwirkung der Familie nicht ausschalten. Wir brauchen eine Reichszentrale für Jugendwohlfahrt. Wenn wir dem Gedanken der Einheitschule zustimmen, dann werden wir auch über die finanziellen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Am nächsten Sonntag findet die Abstimmung in Oberschlesien statt; da fürchten nun die Beamten und Arbeiter, die sich für Woten eingesetzt haben, daß sie terrorisiert werden, wenn die Abstimmung, wie wir hoffen, für Deutschland ausfällt. Nach dem Friedensvertrag ist eine Maßregelung unzulässig, wir halten aber eine Erklärung des Reichsministers für wünschenswert.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung denkt nicht daran, nach der Abstimmung irgendeine Politik der Rache zu treiben. (Beifall.) Wir wollen es nicht so machen wie Herr Korfants, der heute bereits denjenigen, die sich für Deutschland eingesetzt haben, Rache angedroht hat. (Hört, hört!) Bezüglich der negativen oder positiven Erklärung beim Religionsunterricht gibt der Wortlaut der Verfassung keine bestimmten Richtlinien. Es wäre besser, wenn die Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, eine Erklärung abzugeben hätten. Da aber ein Verfassungsbruch nicht vorliegt, kann gegen die Länder, die anders verfahren, nicht eingeschritten werden. Bei den Polizeikosten im Haushalt handelt es sich meist um Zuschüsse an die Länder und um Ertrag für Tumultschäden, die entstanden sind durch

Aufruhr und Plünder. Die Linkskadetten haben keine Verantwortung, hier Beschwerde zu führen; sie sollten vielmehr dazu beitragen, daß diese Kosten geringer werden. An der Aufgabe, die Notlage der deutschen Wissenschaft und Kunst zu beseitigen, sollte das ganze Volk mitarbeiten.

Staatssekretär Albert: Der Ausschuß zur Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung soll keineswegs ein Begräbnis erster Klasse sein. Mit einer Verminderung der Ministerien ist es nicht getan, die Sparmaßnahme muß vom Reiche auf die Länder übergehen.

Abg. Frölich (Komm.): Die Erklärung des Ministers in der ober-schlesischen Frage kann in der Bevölkerung nur Heiterkeit hervorrufen. Die alte Regierung hat die polnische Bevölkerung ausgeplündert. (Große Entrüstung rechts. — Zurufe. — Gegenrufe der Komm.) Ueber die Verhandlungen des Reichstages muß ein parlamentarischer noch nicht verdorbener Magen Etel empfinden. Man fordert für Militärs- und konterrevolutionäre Zwecke Hunderte von Millionen, aber für Kulturzwecke hat man kaum 20 Millionen übrig. (Großer Lärm rechts.) Sie (nach rechts) reden von Kultur und gewähren den Beamten nicht das Existenzminimum, sondern lassen sie verhungern. Was Sie gestern hier ausgedehnt haben, ist nichts als Komödie und Volksbetrug. Die Sozialdemokratie trägt das Kainszeichen an ihrer Stirn. Wir fordern die Arbeiterklasse zum Sturz der Regierung auf.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Während unserer Parteikonferenz in Halle habe ich von einem Moskowitzer einen Brief erhalten, der dazu gedungen war, mich zu ermorden. Mir wurde gedroht, daß Leute wie ich, Kaustsch usw. wegen Verweigerung der revolutionären Arbeiterbewegung erschossen werden sollten. Bei den Feststellungen, die meine Parteifreunde im Hinblick auf diesen Brief machten, kamen wir zu folgendem Resultat. Der terroristische Briefschreiber hat sinngemäß erklärt, daß innerhalb der Parteiorganisation eine Unterorganisation gebildet sei zur Beseitigung revolutionärsindlicher Führer. Weiter erklärte der Mann, daß gerade er zu meiner Ermordung deshalb beauftragt worden sei, da er infolge angeblicher Unzurechnungsfähigkeit nicht vor Gericht gezogen werden könne. Es ist dies dasselbe Rezept, nach dem der Abg. Haase hier vor dem Reichstage erschossen worden ist. Durch die maßlofen ehrenrührigen Angriffe des Abg. Levi gegen mich bin ich gezwungen, völlige Aufklärung zu schaffen. Die kommunistische Partei hat sich niemals gegen beratige Vorkommnisse gewandt. Nicht nur mir sind solche Drohungen zugegangen, sondern auch Parteifreunden aus Weiskalen. Die Kommunisten haben kein Wort der Berurteilung gegen beratige Vorkommnisse gesprochen. Ich bezeichne diese Organisation als eine Wärdzentrale. (Stürmische Anrufe h. d. Komm.) Auch rechts bestehen beratige Wärdzentralen, die bei Liebknecht und Rosa Luxemburg so gut funktioniert haben. Diese Wärdzentralen sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung, für die es einen legitimen Ausbruch ganz einfach nicht gibt. (Heiterkeit.) Wenn Ihre Partei all die Aufregungen und Aufforderungen zu Mißhandlungen nicht abschüttelt, so machen Sie sich zu Mißschuldigen. Ich habe selbsterz unter Lebensgefahr während der Spartakuskämpfe den Matrosen im Matrakal ins Gewissen geredet, daß sie den damaligen Stadtkommandanten Wels nicht umbringen dürften, und ich werde weiter kämpfen gegen jeden Terror. Von dem Augenblick an, wo ich den Moskauer insamen Versuch, unsere Partei zu sprengen, und uns unter das Moskauer zentralistische Diktat zu stellen, aufgetreten bin, war ich bei den Kommunisten der Bestgehaltete und Bestverehmbteste. Ich werde aber weiter so handeln, wie Haase, weil ich nicht will, daß diese Versuchung der deutschen Arbeiter mit terroristischen Ideen weitergeht und ich hoffe, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter diese Terroristen abschütteln wird.

Präsident Ebe: Ich habe die ausführliche Besprechung dieser Angelegenheit zugelassen, weil sie auch schon im Ausschuß vorgetragen wurde; ich bitte aber die nächsten Redner, sich auch etwas mit dem Etat zu beschäftigen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Levi (Komm.): Solche Briefe wie Ledebour, habe ich auch erhalten und habe sie in den Papierkorb geworfen. Ledebour benutzt aber gerade einen solchen Brief, der ihm Material gegen seine früheren Parteigenossen geben kann. Wenn Herren Ledebour die kommunistischen Hintermänner befannt sind, soll er sie doch nennen, aber die ganze kommunistische Wärdzentrale ist ja schließlich ein Phantasmagor. Wenn Ledebour behauptet, daß die Mörder Haases Kommunisten waren, so ist das eine elende Verleumdung. (Wärmender Widerspruch Ledebours.) Ich kann dem Abg. Ledebour nur eines sagen: Armer Teufel! (Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Komm.): In den Reihen der Unabhängigen sitzt niemand, der gern mit Ledebour in demselben Vorstand sitzt. Der Aktia mache ich den Vorwurf, daß sie den gemeingefährlichen Wärd Haases in keiner Anstalt untergebracht hat, obwohl er gedroht hat, auch Dittmann und mich zu ermorden. Ich habe auch Hunderte von Briefen mit Todesurteilen bekommen, ich habe sie aber nur als Spezialitäten auf. Herr Ledebour braucht eben wieder einmal eine Pole als Märtirer, um das ramponierte Ansehen seiner Partei wieder etwas aufzurichten.

Damit schließt die Aussprache.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte und persönlichen Bemerkungen der Abgg. Schiffer, Dr. Levi, Dittmann und Ledebour wird der Antrag Adershold (U. Soz.), die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren schleunigt durchzuführen und dem Reichstag den Notenwechsel zwischen Bayern und dem Reich vorzulegen, mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gegen die parliar vertretenen bürgerlichen Parteien angenommen. (Beavo und Heiterkeit links.) Einstimmig angenommen wird der Antrag, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Regelung des Verfahrens beim Volksentscheid, sowie der Antrag auf Befragung der Schulbigen an der Verhaftung der Abg. Coisborn (Weise) und Schiele (Dnt.).

Abg. Aniel (Dem.) begründet dann eine Entschließung, in der schleunige Maßnahmen gegen alle Kommunalisierungen gefordert werden, die den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand bedrohen.

Vizepräsident Dr. Bell: Nach dem Beschluß des Aeltestenrats soll der Etat des Reichsministeriums des Innern unter allen Umständen noch zu Ende gebracht werden. Es stehen noch 33 Redner auf der Liste. Ich fordere daher die vorgemerkten Abgeordneten auf, sich möglichst von der Liste streichen zu lassen, oder sich zumindestens auf möglichst kurze Ausführungen zu beschränken.

Abg. Henke (U. Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Aniel. Bei dem Bestreben der demokratischen Partei, den Mittelstand zu schützen durch Eintreten für die Entkommunalisierung, sieht man deutlich den Schmerz über die Abwanderung ihrer Wähler nach rechts. Der Kleinbürger hat eben von jeher seinen letzten politischen Standpunkt gehabt. Doch auch mit dem demokratischen Antrag wird man die ökonomische Entwicklung nicht aufhalten können. Uebrigens hat bei der Behandlung des Reederel-Abfindungsvertrages die demokratische Partei sich gar nicht so mittelstandsfeindlich erwiesen, sondern sich nur für das Interesse der großen Reeder eingesetzt. Von dem Erfolge der Kommunalisierung in der Vorkriegszeit haben die Vorredner überhaupt nicht gesprochen, weil sie eben grundsätzliche Gegner der Kommunalisierung sind. Im Frieden sind von den kommunalisierten Betrieben immer genügende Ueberhälle erzielt worden. Die Baugenossenschaften haben oft trotz billigerer Arbeit günstiger abgeschlossen als die Unternehmer. Die Kommunalisierung kann man aufhalten, aber nicht dauernd verhindern. Wir lehnen den demokratischen Antrag ab.

Die Abgg. Hammer (Dnt.) und Haemann (D. Sp.) stimmen dem Antrag gegen die Kommunalisierung zu und polemisieren gegen den Abg. Henke.

Der Antrag wird gegen alle Sozialisten angenommen.

Abg. Wulle (Dnt.): Trotz der Entschließung der Nationalversammlung geschieht nichts gegen die unheilvollen Ausschüsse bei öffentlichen Schaustellungen. Die Ausführungen von Schillers Reizen auf einem Berliner Theater ist eine Verhöhnung des deutschen Geistes und der deutschen Kultur. (Zuruf Matzahn (Komm.): Da gehen doch bloß Ihre Kreise hin. Die Arbeiter haben nicht Geld und Zeit dazu! Lebhaftige Zustimmung.) Die Autoren der meisten Stücke und die Direktoren der Berliner Theater gehören la ar nicht zu uns, sondern sie gehören dem „ausgewählten Volke“ an. Es werden überhaupt nur noch Stücke von ausländischen Autoren aufgeführt, z. B. dem Deutschenhafter Shaw, die deutsche Dichtung aber ist zum Waisenbrüdel geworden. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.): Die von Herrn Wulle bestimmten Theaterstücke waren in der Landwirtschastlichen Woche in der Leipziger Tageszeitung angekündigt. Dabei fehlte auch nicht der Hinweis auf die Plünder, die hunderte Mark kosten. Wenn Herr Wulle gegen den Schmutzkampf kämpfen will, hat er in seinen eigenen Reihen genug zu tun. Schaffen Sie (zur Rechten) uns die Mittel zur Sozialisierung des Theaters und des Films, dann bekommen wir die Möglichkeit, diese Dünne der Gejunbung zuzuführen.

Minister des Innern Koch: Solange Berlin Kunststadt ist und die Volkstheater bei den Ländern liegt, kann das Reich unmöglich die Verantwortung übernehmen, was in den einzelnen Ländern geschieht. Neue Gesetze sind jedenfalls nicht erforderlich, um die Uebelstände im Theaterwesen zu bekämpfen. Ich werde die Behörden der Länder auf die Bekämpfung des Schmutzes hinweisen, kann aber natürlich einen Erfolg nicht garantieren. Auch ich möchte unsere Kinder die Schmutz- und Schundliteratur fernhalten. Die gesetzliche Regelung ist hier aber noch viel schwerer als beim Kino. Sachverständige werden in der nächsten Zeit den ersten Entwurf beraten. Das beste Mittel gegen Schmutz und Schund sind Sport und Spiel.

Eine Entschließung Dr. Schreibers (Zentr.), die eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Förderung planmäßiger Leibesübungen fordert, wird angenommen. Ferner werden 200 000 Mark für eine pädagogische Auskunftsstelle bei der Abteilung 3 des Ministeriums bewilligt.

Abg. Dr. Luther (D. Sp.) wendet sich gegen den Versuch, der Schule im allgemeinen den Charakter einer weltlichen Schule unter Ausschaltung des Religionsunterrichtes zu geben.

Abg. Frau Mah (D. Sp.) begründet eine Entschließung auf Einschüßnung der Schulbigen in den Verfallvertrag. Wir wollen damit nicht etwa Politik in die Schule hineinragen, sondern wollen unsere Jugend nur wissen lassen, um was es sich handelt.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) begründet einen Antrag, 200 000 Mark für die Schaffung einer pädagogischen Auskunftsstelle einzusetzen.

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.) kritisiert, daß man in den Schulen jede Gelegenheit für eine monarchistische Propaganda benutze, wie es z. B. wieder am Geburtstag der Königin Luise geschehen ist.

Um 9 1/2 Uhr teilt Vizepräsident Dietrich mit, daß noch 12 Redner zum Wort gemeldet sind. Eingegangen ist ein Antrag des Zentrums, wonach nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen zu erfolgen habe, in denen Eltern die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht nicht wünschen.

Die Abstimmungen werden auf Mittwoch verlagert, da das Haus fast leer ist.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Reichswirtschaftsministerium. Schluß nach 11 Uhr.

Sächsischer Landtag.

37. Sitzung.

Dresden, 15. März.

Das Haus nimmt den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Rokegesetz vom 30. April 1906 in Beratung. Die Gebühren für Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden werden entsprechend dem gestunkenen Geldwert weiter wesentlich erhöht. Die Vorlage geht nach kurzen Ausführungen des Abg. Wünger (D. Sp.) an den Rechtsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Errichtung eines Rücklagestodes für die Landwirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums.

Ministerialdirektor Dr. v. Hübel begründet die Vorlage. Der Rücklagestod wurde benötigt zur Bestreitung etwaiger Fehlbeträge durch Viehseuchen, Altkrienen usw.

Abg. Donath (D. Sp.) erklärt sich namens seiner Fraktion im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Claus (Dem.) tritt für den Betrieb von Beispieldwirtschaften durch den Staat ein. Die Vorlage berührt insofern sympathisch, als die Betriebe auf privatwirtschaftliche Grundlage gestellt werden sollen.

Abg. Pleisch (Dnt.) stimmt der Vorlage grundsätzlich zu.

Abg. Schombor (Soz.) hält die Ausfichten für die Rentabilität der Beispieldwirtschaften nicht für günstig. Die Errichtung des Rücklagestodes sei zweckmäßig.

Ministerpräsident Bud bittet die Mitglieder des Haushaltausschusses A eine Besichtigung der Güter Kaltreuth und Staffa vorzunehmen. Die Güter seien wohl geeignet, eine Rentabilität zu erbringen, auch dadurch, daß die hiesigen Anlagen sich noch in gutem Zustande befinden. Die Leitung liege in sachmännlichen Händen.

Abg. Weimer (Komm.) vertritt den Standpunkt, daß im kapitalistischen Staate Beispieldwirtschaften nicht gedeihen können.

Es wird Ausschußberatung beschlossen. — Die erste Beratung über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer wird vom

Kultusminister Pleischer mit einer Begründung der Vorlage eingeleitet. Es gäbe eine ganze Menge Lehrerstellen, mit denen Berichtigungen für die Kirche zwangsläufig verbunden seien. Nach der Reichsverfassung dürfe aber nach dieser Richtung kein Zwang auf die Lehrer ausgeübt werden. Die landesgesetzlichen Bestimmungen ständen also mit der Reichsverfassung in Widerspruch. Mit Rücksicht auf die unerträglichen Verhältnisse, die sich hieraus ergeben hätten, hätte man nicht länger warten dürfen, obwohl trotz wiederholten Drängens in Berlin die Richtlinien für die große Auseinandersetzung zwischen Kirche und Schule seitens der Reichsregierung noch immer nicht herausgegeben worden seien. Die Vorlage stelle es ins Belieben der Lehrer, ob sie noch Kirchendienste verrichten wollen oder nicht. Wünschen sie dies, so müssen sie um die Genehmigung nachsuchen. Voraussetzung sei jedoch, daß durch die Uebernahme kirchlicher Verrichtungen der Schulbetrieb nicht gestört wird. Der Minister bittet um baldige Beratung der Vorlage, damit das Gesetz am 1. Juli in Kraft treten könne.

Abg. Arzt (Soz.) begründet die Vorlage. Es fällt damit das letzte Bollwerk aus der engen Verbindung zwischen Kirche und Schule. Da den Volksschullehrern sehr oft auch niedere Küsterdienste zugemutet wurden, hätten sich große Anzuträglichkeiten herausgebildet, unter denen die Lehrer sehr zu leiden gehabt hätten.

Abg. Grellmann (Dnt.) ist mit Ausschußberatung einverstanden, wenn er auch nicht einzusehen vermag, daß die Sache so eilig ist, daß sie noch vor Erscheinen der Grundzüge der Reichsregierung eingebracht werden mußte.

Abg. Dr. Herrmann (D. Sp.) stellt sich der Vorlage wohlwollend gegenüber, weil aus ihr ein verständlicher Geist spreche.

